

VOLKSKAMMER

DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

10. Wahlperiode - 30. Tagung (Sondertagung) - Mittwoch, den 22. August 1990

(Stenografische Niederschrift)

Beginn der Tagung: 21.10 Uhr

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner S.1370

1. Antrag der Fraktion der DSU

Die DDR erklärt am 22. 8. 1990 den Beitritt der BRD gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes S.1370
(Drucksache Nr. 200)

in Verbindung mit

2. Antrag von mehr als 20 Abgeordneten der Fraktion CDU/DA, daß auf einer Volkskammersitzung am 9. Oktober 1990 der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 14. Oktober 1990, 24.00 Uhr, beschlossen wird S.1371
(Drucksache Nr. 201)

Lehment (F.D.P.) S.1371
Dr. Gysi (PDS) S.1371

Unterbrechung der Tagung

Anys (DSU) S.1371
Ministerpräsident de Maizière S.1371
Weiß (Bündnis 90/Grüne) S.1372

Unterbrechung der Tagung

Schwarz für die Fraktion der DSU S.1372
Dr. Krause für die Fraktion CDU/DA S.1373
Thierse für die Fraktion der SPD S.1373
Dr. Gysi für die Fraktion der PDS S.1374
Prof. Dr. Ortleb für die Fraktion der F.D.P. S.1376
Dr. Meisel für die Fraktion Bündnis 90/Grüne S.1376

Beschluß

Die Volkskammer lehnt mit Mehrheit einen Abänderungsantrag der Fraktion der SPD zum Antrag der DSU, verzeichnet in Drucksache Nr. 200, ab ... S.1377

Beschluß

Die Volkskammer lehnt in namentlicher Abstimmung bei notwendiger Zwei-Drittel-Mehrheit den Antrag der Fraktion der DSU, verzeichnet in Drucksache Nr. 200, bei 56 Ja-Stimmen, 183 Nein-Stimmen und 125 Stimmenthaltungen ab. Es wurden 364 Stimmen abgegeben S.1377
Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner S.1378

Beschluß

Die Volkskammer lehnt mit Mehrheit einen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne zum Antrag der DSU ab S.1378
Dr. Gysi (PDS) S.1378
Prof. Dr. Reich (Bündnis 90/Grüne) S.1379

Dr. Krause (CDU/DA) S.1379
Frau Birthler (Bündnis 90/Grüne) S.1380
Thierse (SPD) S.1380
Schwarz (DSU) S.1380
Prof. Dr. Ortleb (F.D.P.) S.1380

Beschluß

Die Volkskammer stimmt mit Mehrheit dem gemeinsamen Abänderungsantrag der Fraktionen der CDU/DA, DSU, F.D.P. und SPD zum Antrag von mehr als 20 Abgeordneten der Fraktion der CDU/DA, verzeichnet in Drucksache Nr. 201, zu S.1380

Beschluß

Die Volkskammer beschließt in namentlicher Abstimmung bei notwendiger Zwei-Drittel-Mehrheit mit 294 Ja-Stimmen, 62 Nein-Stimmen und 7 Stimmenthaltungen den gemeinsamen Antrag der Fraktion der CDU/DA, DSU, F.D.P. und SPD betreffend Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD gemäß Artikel 23 mit Wirkung vom 3. Oktober 1990. Es wurden 363 Stimmen abgegeben S.1381
Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl S.1381
Dr. Gysi (PDS) S.1381
Gibtner, Minister für Verkehr S.1381

Die nächste Volkskammertagung findet am Donnerstag, den 23. August 1990, um 13.00 Uhr, statt.

Ende der Tagung: 03.00 Uhr

Anlagen:

Namentliche Abstimmungen S.1382

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat gemäß § 15 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Volkskammer eine Sondertagung der Volkskammer verlangt. Das Präsidium hat daraufhin diese Sondertagung für heute abend, 21.00 Uhr, einberufen. Mit leichter Verspätung eröffne ich damit diese Sondertagung. Ich denke, daß eine besondere Begrüßung am Abend nach einer Tagung nicht mehr erforderlich ist.

Ihnen liegt die Tagesordnung für diese Tagung inzwischen vor. Sie beinhaltet zwei Tagesordnungspunkte: einen Antrag der Fraktion der DSU und einen Antrag von mehr als 20 Abgeordneten der Fraktion CDU/DA. Beide betreffen die Frage des Beitritts zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD.

Der Antrag der Fraktion der DSU lautet:

Die DDR erklärt am 22. 8. 1990, also zum heutigen Tag, den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes.

Der Antrag von mehr als 20 Abgeordneten der Fraktion der CDU/DA lautet:

Die Volkskammer möge beschließen, daß auf einer Volkskammersitzung am 9. Oktober 1990 der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 14. Oktober 1990, 24.00 Uhr, beschlossen wird.

Das Präsidium hat sich darauf geeinigt, daß diese beiden Anträge, da sie im unmittelbaren Sachzusammenhang stehen, auch gemeinsam beraten werden.

Zur Geschäftsordnung vor Eintritt in die Tagesordnung der Abgeordnete Lehment, bitte schön.

Lehment (F.D.P.):

Wir beantragen eine Auszeit zur Abstimmung zwischen den Fraktionen vor Eintritt in die Tagesordnung.

(Heiterkeit)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Wir haben es bisher immer so gehandhabt, daß wir auf Verlangen einer Fraktion zu einer Pause diese Pause auch gewährt haben.

Darf ich darum bitten, daß mitgeteilt wird, wie lange diese Pause dauern soll?

(Dr. Modrow, PDS: 3 Stunden! Unruhe im Saal)

Darf ich zunächst folgendes machen, darf ich feststellen, daß die Tagesordnung damit bestätigt ist?

Zur Geschäftsordnung, Herr Gysi, bitte.

Dr. Gysi (PDS):

Herr Präsident, ich will darauf hinweisen - Sie hatten mich mal bei Gelegenheit darauf hingewiesen -, der Antrag zu 1. bedeutet ein verfassungsänderndes Gesetz, das als solches ausgewiesen werden müßte, sonst bekommen wir nachher wieder Schwierigkeiten bei der Abstimmung.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Ich bin sicher, daß wir in diesem Punkt einer Meinung sind. Der erste Antrag kann nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen werden, falls er denn beschlossen werden sollte. Das ist klar.

Also, bevor wir mit der Aussprache zu den Anträgen beginnen, findet zur Abstimmung unter den Fraktionen eine Pause statt. Wir setzen die Sitzung um 21.35 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Meine Damen und Herren! Ich bitte die Abgeordneten, Platz zu nehmen. Und wenn ich das sage, dann meine ich damit auch, daß diejenigen, die keine Abgeordneten sind, bitte nicht hier auf den Bänken Platz nehmen, sondern den Raum verlassen. Damit meine ich natürlich nicht die geduldigen und freundlichen Zuhörer auf der Tribüne,

(Beifall)

denen ich ausdrücklich für ihre Geduld danken möchte, denn während die anderen fleißig mit ihren Köpfen gearbeitet haben

und sich mühten, einen Schritt voranzukommen, wußten sie immer nicht, wie lange es noch dauern wird.

(Prof. Dr. Heuer, PDS: Wir auch nicht).

Das trifft für Sie auch zu. Ich danke Ihnen genauso.

Wir waren beim Tagesordnungspunkt 1. Es ist noch keiner aufgerufen. Sie wollten zur Geschäftsordnung sprechen? Bitte schön.

Anys (DSU):

Ich beantrage im Namen meiner Fraktion die namentliche Abstimmung zum eingebrachten Antrag unserer Fraktion.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke. Wir werden das vormerken, wobei ich dazu sagen möchte, daß wir das normalerweise vor der Abstimmung festlegen, aber es sei denn hier schon vorgemerkt. Zunächst verhandeln wir, und das Verhandeln besteht darin, daß jetzt jede Fraktion Gelegenheit haben soll, zu diesen beiden Anträgen zu sprechen. Zunächst hat aber, bevor die Fraktionen zu Wort kommen, der Ministerpräsident um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident de Maizière:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von der Einheit Deutschlands trennen uns nur noch wenige, wenn auch wichtige Wochen. Wieviele Wochen, das schien gestern früh klar, ist aber durch eine erneute Termindiskussion wieder in Frage gestellt worden.

(Unruhe und Gelächter bei der SPD)

Unser Kurs ist klar. Wir wollen und wir werden ihn nicht verlassen, schon gar nicht um vermeintlicher Wahlvorteile willen, denn Wahleffekte haben meine politische Linie nicht beeinflusst, auch wenn einige meinten, mir das unterstellen zu müssen. Wer solches vermutet, denkt offenbar selbst in solchen Kategorien.

(Beifall bei CDU/DA- und DSU-Fraktion)

Der Wähler ist viel zu aufmerksam, um sich durch Taktieren beeinflussen zu lassen.

(Prof. Dr. Heuer, PDS: Hoffentlich!)

(Beifall bei CDU/DA- und DSU-Fraktion)

Ich meine, überstürzte Eile oder absichtliches Verzögern sind gleichermaßen unangebracht wie die Erzeugung von Unsicherheit bei den Menschen. Das Gespräch mit den Vorsitzenden aller Fraktionen der Volkskammer gestern hatte das Ziel, das permanente Spiel mit dem Beitrittstermin zu beenden und über Fraktionsgrenzen hinweg Klarheit zu schaffen. Es ist aus meiner Sicht für alle Fraktionen notwendig, diesen Termin jetzt endgültig zu beschließen. Eine verbindliche Festlegung und damit ein Ende der Diskussion ist überfällig.

(Beifall bei CDU/DA, DSU und F.D.P.)

Ich habe vor diesem Haus und damit vor den Bürgern des Landes geschworen, meine Pflicht gewissenhaft zu erfüllen und mich durch niemanden und nichts daran hindern zu lassen. Dabei bleibt es.

(Beifall bei CDU/DA-Fraktion)

Wir waren uns in diesem Haus von Anfang an einig, daß wir die Einheit geordnet anstreben wollen. Daran sollten wir uns erinnern. Ein geordneter Beitritt als Folge des gemeinsamen Willens und der getroffenen Regelungen setzt allerdings voraus, daß wir die notwendigen Schritte gehen.

Meine Damen und Herren! Wir erleben und gestalten eine besonders wichtige Phase deutscher Politik und damit deutscher Geschichte. Ich weiß nicht, ob sich alle dessen immer bewußt waren. Ich glaube, erst später und in der Rückschau auf diesen Zeitabschnitt wird man erkennen, wie folgewirksam die politischen Entscheidungen der Jahre 1989 und 1990 waren.

Ein deutscher Dichter meinte einmal: Erst wenn man eine Stadt verlassen hat, sieht man, wie hoch die Türme über sie hinausragen -, was in diesem Fall heißen soll, daß man immer erst später - beim Blick zurück - erkennt, wie herausragend und damit zukunftsweisend das eine oder andere aus der Vergangenheit gewesen ist.

Wir sollten uns dessen immer bewußt sein. Ich meine, sicher nicht alles in den letzten Wochen war der Bedeutung der Zeit angemessen. Viele Bürger haben uns nicht mehr verstanden und vielleicht auch sogar den Eindruck gewonnen, Termindiskussionen seien uns wichtiger als die Lösung der anliegenden Probleme.

Es ist nicht meine Aufgabe, die Entwicklung der letzten Tage und Wochen im einzelnen darzulegen. Dies mögen die dazu berufenen Zeitbeobachter und die Historiker tun. Sie werden sich dabei an die Fakten halten, nicht an die vorschnellen Interpretationen, die sich da und dort ganz erheblich von der Wirklichkeit entfernt haben.

Unser Blick sei nach vorn gerichtet und vor allem auf die täglichen Sorgen, die unsere Bürger bedrücken. Wir haben noch unerledigte Aufgaben in Fülle vor uns, die nur von uns gelöst werden können

(Zuruf von der PDS: Dann mal ran!)

und die das Engagement des ganzen Hauses erfordern. Es steht der Einigungsvertrag noch aus, der eine solide Sicherung für die Erwartung unserer Bürger gewährleistet.

(Frau BIRTHLER, Bündnis 90/Grüne: So ist es!)

Ein Überleitungsgesetz, das in diesem Zusammenhang immer wieder ins Spiel gebracht wird, wäre wesentlich weniger als das, was wir uns gemeinsam vorgenommen hatten. Viele Probleme der Landwirtschaft sind offen, für die wir gerade in diesen Tagen praktikable Lösungen und Erleichterungen vorbereiten. Die weitere Sicherung der Liquidität der Betriebe ist zu gewährleisten. Die Handelsbeziehungen mit den Ländern des RGW müssen weiter sichergestellt werden, insbesondere auch die Handelsbeziehungen zur Sowjetunion. Der Aufbau einer funktionsfähigen Verwaltung in den Ländern ist in vollem Gange. Die Erarbeitung eines Konzepts zur Regionalförderung muß mehr Investitionen in den Raum DDR bringen. Das D-Mark-Eröffnungsbilanzgesetz ist noch nicht in Kraft und manches andere mehr. Dies alles muß in Ordnung gebracht werden.

Ich betrachte meinen Auftrag erst in dem Augenblick als erledigt, in dem ich alles für die Bürger getan habe, was ich tun können. Die bestmögliche Sicherung der Rechte und möglichst viel Klarheit für die Zukunft sind für mich mehr als nur ein politisches Anliegen. Sie sind Auftrag und Verpflichtung. Ich appelliere an unsere Besonnenheit. Wir sollten alles tun, um die neugewonnene politische Kultur nicht durch überzogene Verhaltensweisen jetzt aufs Spiel zu setzen.

Politische Schlachtordnungen anderswo mit ihren Profilierungsversuchen und dem Theaterdonner dürfen für uns kein Maßstab sein. Wir sollten bis zum Schluß immer die Sache über die Taktik stellen und dem anderen niemals Börsartigkeit, Uneinsichtigkeit oder gar politische Zerstörungslust unterstellen.

(Zurufe - Beifall bei CDU/DA, DSU und F.D.P.)

Mag unter dem Druck der Belastungen, unter dem wir alle stehen, der eine oder andere das eine oder andere im Nachhinein für korrekturbedürftig halten, mag auch nicht jedes Wort der letzten Zeit für die sprichwörtliche Goldwaage geeignet gewesen sein - wir sollten dennoch immer das Gemeinsame suchen!

Es erscheint mir immer noch größer und verbindender als all das, was uns trennt. Ich gehe immer noch davon aus, daß wir das gleiche wollen, nämlich das Beste für dieses Land und seine Bürger. Da wir uns im Ziel einig sind, sollte uns der Weg dorthin nicht mehr entzweien. Die Bevölkerung erwartet, daß wir Marksteine setzen und uns nicht permanent selbst Steine in den Weg rollen. Statt dessen sollten wir mit Entschlossenheit und Hoffnung in das geeinte Deutschland gehen. - Danke.

(Die Abgeordneten der CDU/DA, der DSU und der F.D.P. erheben sich von den Plätzen und spenden Beifall.)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Danke schön. Zur Geschäftsordnung oder eine Frage?

Weiß (Bündnis 90/Grüne):

Ein Antrag zur Geschäftsordnung, Herr Präsident! Im Sinne des eben vom Ministerpräsidenten Gesagten beantragt die Fraktion Bündnis 90/Grüne noch einmal eine Auszeit.

(Unruhe im Saal)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Ja, ich habe vorhin erklärt: Wenn es eine Fraktion verlangt, war es der Stil des Hauses, es zu tun. Ich kann anderthalb bzw. zwei Stunden später nicht das Gegenteil erklären. Herr Weiß, wieviel brauchen Sie?

(Weiß: 15 Minuten!)

15 Minuten! Können wir uns mal darauf einigen, daß wir dann aber wirklich pünktlich um 11.00 Uhr alle wieder hier sitzen?

(Zurufe)

23.00 Uhr - wenn Sie möchten. Darauf lasse ich mich gern ein.

(Unterbrechung der Sitzung)

Wir setzen die Aussprache fort. Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schwarz.

Schwarz für die Fraktion der DSU:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verstehe die Probleme der SPD, muß aber bitten, daß, um der Höflichkeit Genüge zu tun, auch Sie Platz nehmen.

In Erinnerung, Herr Präsident, an die Mahnung von vorhin, werde ich zur Sache sprechen, nur zu der Sache, die die Deutsche Soziale Union zu einem Kernstück ihrer Aussage macht.

Die Einberufung dieser nächtlichen Sondersitzung erweckt eine enorme Erwartungshaltung im Lande. Der müssen wir gerecht werden. Wir, die DSU, bitten Sie inständig, meine Damen und Herren aller Fraktionen dieses Hauses, unserem Antrag zuzustimmen. Jeder Abgeordnete ist jetzt gefordert, es geht um unser Volk, es geht um so viele Schicksale. Dieses Thema ist so wichtig und so entscheidend, daß dagegen alle anderen Dinge zwangsläufig in den Hintergrund treten.

Mehrere prominente Mitglieder dieses Hauses sagten, daß sie die Termenspielerei satt hätten. Ob Juni, August, September, Oktober, jeder Tag kostet Millionen von Mark, jeder Tag behindert Entscheidungen, jeder Tag beweist, daß die Krise, daß der Zusammenbruch offensichtlicher wird.

Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehn! Ich erinnere an Frau Hildebrandts letzte Rede. Nur ihre Schlußfolgerung war falsch. Aber der Grundtenor ihrer Aussage war doch zutiefst optimistisch. Und das will die DSU hier deut-

lich machen. Uns muß bewußt werden, was alles erreicht wurde: Die Mauern sind weg. Das Gefühl, eingesperrt zu sein, ist überwunden. Die Angst vor großem Unrecht mit der allmächtigen Stasi im Hintergrund ist nicht mehr da. Kein Bürger der DDR muß sich gezwungen sehen, das Land zu verlassen. Eine Wiedergutmachung wird angefordert.

Aber alle wollen eine Perspektive, keine auf lange Sicht, keine für nebulöse Fünfjahrplanfernen. Wir alle wollen anpacken, wollen das Neue schaffen, und das ist nicht mehr sozialistisch-utopisch, das ist kein Experiment. Es ist ein freiheitliches Modell mit allen Stärken und allen Schwächen, mit denen wir lernen müssen umzugehen.

Dieses unwürdige Spiel mit Daten machen wir, die Deutsche Soziale Union, nicht mit. Die internationalen Verbindlichkeiten, die immer ins Spiel gebracht werden, die 2 + 4-Verhandlungen, die KSZE-Außenministerkonferenz - unsere europäischen Partner werden sich dieser Entwicklung nicht entgegenstellen. Das Schicksal unserer Bevölkerung ist wichtiger als das Setzen von Symbolen.

Da wir in der Noch-DDR sehr genau die Politiker der Bundesrepublik anhören, ist uns auch Herrn Lafontaines Aussage bekannt: Diesem Einigungsvertrag stimmt die West-SPD nicht zu.

Herr de Maizière, bei aller Sympathie für Sie und Ihr ehrliches Bestreben, die Einigung mit Würde zu vollziehen - auch dieser Vertrag erhält mit höchster Wahrscheinlichkeit keine Zweidrittelmehrheit.

Ich zitiere unseren Fraktionsvorsitzenden, Herrn Prof. Walther: Die DSU ist angetreten, das bankrotte Unternehmen DDR zu beenden. - Das haben wir gestern und heute gesagt, das ist die eindeutige Position. Und da unsere Bevölkerung von unseren Abgeordneten eine eindeutige, allen verständliche Aussage zur deutschen Einheit fordert, verlangt die DSU, daß über ihren Antrag über sofortigen Beitritt namentlich abgestimmt wird.

(Beifall bei der DSU)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Als nächster spricht für die Fraktion der CDU/DA der Abgeordnete Krause.

Dr. Krause für die Fraktion CDU/DA:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der CDU/DA-Fraktion wurde gestern im Konsens - unter Vorbehalten allerdings - mit Fraktionsvorsitzenden von Ministerpräsident de Maizière beraten. Uns geht es nicht darum, spektakulär um Wählerstimmen zu feilschen, um Termine zu diskutieren. Uns geht es darum, daß wir heute die Zeit nutzen sollten, um den Beitritt und das Beitrittsthema so abzuschließen, daß es noch einer würdigen Form nahekommt.

Wir sind deshalb als Fraktion bereit, im Konsens mit den anderen Fraktionen im Hause einen gemeinsamen Antrag zu formulieren, und in diesem gemeinsamen Antrag setzen wir folgende Voraussetzungen:

Erstens. Wir gehen im Gegensatz zur DSU mit 900 Seiten Anlagen im Einigungsvertrag anders um als sie. Wir meinen, ein Einigungsvertrag und die Regelung von Übergangsbedingungen sind elementare Voraussetzungen und notwendig. Wir stimmen darin auch mit dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland überein.

(Beifall bei CDU/DA)

Zweitens. Die Völker der Welt und natürlich auch Europas haben bisher den Einigungsprozeß in Deutschland gefördert, weil er berechenbar war, und er soll auch berechenbar bleiben.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA)

Wenn wir noch vor geraumer Zeit davon ausgegangen sind, im November eine KSZE-Konferenz in Vorbereitung des Beitritts zu realisieren, so müssen wir dankbar akzeptieren, daß die Außenminister am 1. und 2. Oktober diese Konferenz in einer anderen, aber für uns trotzdem würdigen und zu akzeptierenden Form durchführen. Und ich denke, wir sollten dieses Vertrauen auch dadurch rechtfertigen, daß wir uns an dieser Stelle nicht nur nach der Innenpolitik, sondern nach unseren Nachbarn, nach unseren Verbündeten in Ost und West richten.

(Beifall bei CDU/DA, vereinzelt bei der SPD)

Deshalb ist für uns der Termin nicht eher als am 3. Oktober machbar.

Da wir nicht kleinkariert über Termine hin und her diskutieren,

(Gelächter bei der SPD)

aber eine dritte wesentliche Forderung erfüllt wissen wollen, möchte ich kurz zum Problem Länderbildung den gegenwärtigen Stand im Einigungsvertrag erläutern, da aus meiner Sicht bei der gegenwärtigen Beschlußlage der Volkskammer, der auf Empfehlung des Ausschusses Deutsche Einheit seinerzeit in drei Sachbeschreibungen ja getroffen wurde, dieser Punkt am 3. Oktober nicht erfüllt wäre.

Nach dem Einigungsvertragsentwurf, der gegenwärtig am Verhandlungstisch diskutiert wird und morgen im Plenum weiter zu diskutieren ist, wird das Ländereinführungsgesetz als Bestandteil des Einigungsvertrages betrachtet.

Drittens. Wir werden die noch nicht in Form von Regierungen vertretenen Länder durch Länderbeauftragte im Einigungsvertrag vorsehen, die die jetzigen Bezirksstrukturen so lange anleiten, bis die Länderregierungen wirksam werden. Wir haben im Einigungsvertrag erreicht, daß die Länderbeauftragten auch im Bundesrat ab Beitritt einen Sitz mit beratender Stimme erhalten, und wir haben im Einigungsvertrag erreicht, daß entsprechend der Bevölkerungsstärke der DDR Abgeordnete für den Deutschen Bundestag entsandt werden können mit vollem Stimmrecht.

Aus unserer Sicht ist es vertretbar, unter dem Aspekt, daß dieses Haus auch gemeinsam den Willen hat, in dem Zeitraum bis zum frühesten Beitrittstermin - der nach unserer Meinung der 3. Oktober sein kann - ernsthaft an dem Einigungsvertrag und an der Realisierung von noch weiteren Gesetzen zum Einigungsvertrag zu arbeiten, die Zeit zu nutzen, um in einer würdigen Form die deutsche Einheit herzustellen.

Ich möchte abschließend die Haltung unserer Fraktion benennen: Wir werden nicht dem sofortigen Beitritt aus unserer Verantwortung zustimmen können; wir werden dem Beitritt dann zustimmen können zu einem Zeitpunkt, wo wir davon ausgehen, daß die genannten Voraussetzungen erfüllbar sind. - Danke schön.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Für die SPD spricht jetzt der Abgeordnete Thierse.

Thierse für die Fraktion der SPD:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD hat vor einigen Wochen einen Antrag gestellt mit dem Vorschlag, den Beitritt der DDR mit dem Datum 15. September 1990 zu erklären. Dies war für uns nicht die einfache Festlegung eines neuen Termins, sondern wir haben dafür klare inhaltliche Gründe angegeben. Es sind dieselben Gründe, die wir seit Monaten angeben.

Erstens: Das Ende der 2 + 4-Gespräche, daß inhaltlich die äußeren Bedingungen des deutschen Einigungsprozesses geklärt sind.

Zweitens: Der Abschluß eines guten Einigungsvertrages, in dem die rechtlichen, ökonomischen, sozialen Bedingungen der deutschen Einigung klar fixiert sind.

Und drittens: Die Sicherung der Bildung der Länder.

Und wir waren der Überzeugung, daß diese drei Bedingungen, von denen wir schon im Juni dieses Jahres sprachen, als wir als erste Partei die Forderung nach einem zweiten Staatsvertrag aufgestellt haben, den wir heute üblicherweise Einigungsvertrag nennen, Mitte September erfüllt sein könnten. 1. weil am 12. September die entscheidende Außenministerkonferenz der 2 + 4-Gespräche stattgefunden hat, 2. weil bis zu diesem Zeitpunkt mit großer Sicherheit auch die Vertragsverhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten beendet sein können. Und wir waren uns 3. einig, daß die Länderbildung insoweit - und das ist die Einschränkung, über die sind wir uns auch alle klar - gesichert ist, daß wir ein Länderbildungsgesetz und ein Länderwahlgesetz haben und daß dieses in vertraglichen Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten auch garantiert wird, daß die Länderbildung auch wirklich erfolgen kann.

Ich weise darauf hin, um die Kontinuität unserer Vorstellungen von diesem Einigungsprozeß zu betonen.

Ich denke, um auf die vorhin gehaltene Rede einzugehen, dies ist vielleicht eine historische Stunde, oder es könnte sie sein. Aber wir werden ihr nicht gerecht, wenn wir das Schauspiel fortsetzen, das in den letzten Wochen stattgefunden hat, nämlich die unerträgliche Situation immer neuer Terminvorschläge. Es sind von der CDU - ich habe die Übersicht wahrhaftig verloren -, ich glaube, 12, 13, 14 oder 15 Terminvorschläge gekommen.

(Zuruf von der CDU/DA: 3!)

Ich weiß es nicht. Sie werden sich vielleicht erinnern, daß der 2. Dezember von Ihnen kam, dann der 14. Oktober und daß es auch von Ihnen verschiedene Landtagswahltermine und daß es dann den 9. und den 6. Oktober gab. Ich denke, das ist allmählich wirklich unerträglich, und die endlose Termindiskussion muß wirklich beendet werden.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P.)

Ich erinnere daran, daß wir heute mittag eine Besprechung mehrerer Fraktionsvorsitzender hatten, wo ich genau dieses vorgeschlagen habe, daß wir ein Ende der Termindiskussion und Zuwendung zu den inhaltlichen Fragen der Einigung erreichen müßten und daß wir uns bei der Terminfestlegung immer noch die Freiheit lassen müssen - das allerdings ist eine wichtige Bedingung für uns, wenn wir einen Beitrittstermin festlegen -, daß mit dem Beitrittstermin nicht die inhaltliche Zustimmung zum Einigungsvertrag festgelegt wird, den wir ja noch nicht im Ergebnis kennen. Es muß klar sein, daß ein Beitrittstermin nicht einen Zwang ausüben darf, einen schlechten Einigungsvertrag auch noch ratifizieren zu müssen. Wir wollen die Freiheit haben, ja oder nein zu sagen zu dem Einigungsvertrag, wenn er in paraphierter Form vorliegt. Das ist eine entscheidende Bedingung für uns.

(Beifall bei der SPD)

Und zweitens bitte ich, sich daran zu erinnern - und das sage ich ausdrücklich neutral: Wichtiger als alle Diskussionen über den Beitrittstermin war immer auch die Frage danach, wie wir am sinnvollsten auf die sich dramatisch zuspitzende wirtschaftliche und soziale Situation in unserem Lande reagieren.

Es war das Ärgerliche dieser Termindiskussion, daß sie den Eindruck erweckte, die Verantwortlichen im Lande befaßten sich nicht mit den wirklichen Problemen, sondern mit wahltaktischen Terminproblemen. Ich denke, daß auch dieses ein Ende haben muß.

Und ich weiß und will das auch ausdrücklich sagen, daß in der Bevölkerung der Druck auf einen immer früheren Beitrittstermin ständig zunimmt, einerseits wegen der objektiv riesigen Probleme, andererseits auch wegen der - ich will das zugestehen - sub-

jektiven Schwierigkeiten, das ist ein sehr neutraler Terminus, also wegen unseres Unvermögens, wegen unserer Fehler. Ich sage das in alle mögliche Richtungen. Dieser Termindruck nimmt zu, und die SPD ist ein selbstverständlicher Teil der Bevölkerung, weshalb auch in unserer Partei der Wunsch zunimmt, den Beitritt so schnell wie irgend vernünftig möglich vorzunehmen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wir sehen also keinen Sinn darin, den Termin immer weiter nach hinten verschieben zu wollen, also auf Dezember oder so etwas ähnliches.

Wir sind allerdings dafür - und mit diesem etwas mühseligen Konzept sind die Sozialdemokraten angetreten -, Notwendigkeiten, die sich quasi naturwüchsig einstellen, in den sich beschleunigenden Prozessen doch zu verbinden mit vernünftigen Gestaltungsvorschlägen. Deshalb war unser Kompromißvorschlag der 15. September, weil wir meinten, da könnten wir einerseits die ökonomisch und sozial sich verschlechternde Situation berücksichtigen und zugleich das, was wir als notwendige Bedingung genannt haben: unsere Verlässlichkeit gegenüber unseren Nachbarn, also Abschluß der 2 + 4-Gespräche und rechtliche Regelungen, was überhaupt nur möglich ist, und wir wissen, es wird weniger möglich sein, als wir uns erträumt hatten, also Abschluß der Beitrittsverhandlungen, sei es in einem Einigungsvertrag, sei es in anderer gesetzlicher Form.

Deswegen sehen wir eigentlich keine sachliche politische Notwendigkeit und Möglichkeit, einem sofortigen Beitritt zuzustimmen, weil genau diese vernünftigen Gesichtspunkte, die auch in einer extrem schwierigen Situation zu verteidigen sind, gewahrt werden könnten, also äußere Aspekte zu berücksichtigen und die rechtlichen Beitrittsbedingungen in einem Einigungsvertrag zu sichern.

Wir sehen auch keine sachliche politische Notwendigkeit, den Termin auf den 14. Oktober zurückzuverschieben. Wir erneuern also und bringen als Änderungsantrag ein: Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Abschluß der 2 + 4-Gespräche und Klärung der Bedingungen des Beitritts in einem Einigungsvertrag oder in anderen gesetzlichen Regelungen, und zwar am 15. September 1990. Das ist unser Änderungsantrag.

(Beifall bei der SPD)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Es sind da offenbar Zwischenfragen. Er will offenbar keine Zwischenfragen zulassen. Dann hat als nächster das Wort der Abgeordnete Gysi von der PDS.

Dr. Gysi für die Fraktion der PDS:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal stört, glaube ich, an dieser Sitzung, daß das Ganze sich wieder einmal für alle Abgeordneten dieses Hauses etwas überfallartig gestaltete.

(Beifall bei PDS und SPD)

Und das, nachdem gestern bei dem Gespräch der Fraktionsvorsitzenden mit dem Ministerpräsidenten der DDR eigentlich in zwei wichtigen Fragen Übereinstimmung und relative Klarheit bestand, selbstverständlich unter dem Vorbehalt, daß die Fraktionen dem zustimmen, nämlich erstens, die Probleme in unserem Land nicht weiter durch permanente Termindiskussion zum Beitritt zu erschweren, und zweitens, am 9. Oktober 1990 eine Sondersitzung der Volkskammer durchzuführen, auf der endgültig über den Beitritt entschieden wird.

Das war eine klare Aussage, und es wäre, glaube ich, auch für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes eine klare Aussage gewesen.

Nun habe ich in den ersten Beiträgen hier jetzt vier Termine gehört, also den der DSU für heute - die DSU beantragt ja immer für den gerade laufenden Tag,

(Heiterkeit bei PDS und SPD)

also ist er heute für heute -, den der SPD für den 15. 9., den im schriftlichen Antrag der CDU/DA für den 14. 10. und, wenn ich Herrn Staatssekretär Krause richtig verstanden habe, jetzt für den 3. 10.

Nun frage ich mal im Ernst: Welche Bürgerin und welcher Bürger dieses Landes soll das eigentlich nachvollziehen und noch verstehen, was hier diesbezüglich passiert?

(Beifall bei PDS und F.D.P.)

Und ich frage mich auch nach dem Sinn solcher Besprechungen beim Ministerpräsidenten, wenn sich anschließend niemand daran hält.

(Beifall bei PDS und DBD/DFD)

Oder? Das war doch ein vernünftiger Konsens. Er hat sogar Streitpunkte, daß es unterschiedliche Auffassungen zum 14. gab oder zu anderen Terminen, ausklammern können, weil wir gesagt haben, wir sagen den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, die Volkskammer wird bis zum 9. Oktober 1990 die Arbeit leisten, für die sie gewählt worden ist, nämlich in den Sachfragen Klarheit zu schaffen,

(Beifall bei PDS)

und am 9. 10. entscheiden wir über den Beitritt mit unterschiedlichen Argumenten, und jeder kann dort würdevoll, so hatten wir das auch besprochen, die Argumentation vortragen.

Nun stelle ich fest, wir sind trotzdem letztlich kein Stück weiter gekommen, und nun muß ich noch ein paar Argumente hinzufügen. Es gibt einen Beschluß der Volkskammer. Wie ernst nehmen wir uns denn eigentlich selbst? Mit Mehrheit beschlossen. Er ging auf einen Antrag der DSU zum sofortigen Beitritt zurück.

Der Antrag wurde abgelehnt, und dann hieß es weiter: „Vor dem Beitritt sollen folgende Voraussetzungen erfüllt sein: Erstens: Ratifizierung eines Einigungsvertrages zwischen der DDR und der BRD, nicht Ratifizierung eines Einigungsvertrages oder irgendwas anders, Ratifizierung eines Einigungsvertrages stand da drin, ist von der Mehrheit dieses Hauses beschlossen worden. Zweitens: Sicherung der äußeren Aspekte der Einigung in den 2-plus-4-Gesprächen. Drittens: Bildung der Länder.“

Ende des Beschlusses der Volkskammer. Wir haben uns selbst Bedingungen gesetzt.

Und dann frage ich mal noch was. Diese vielen Daten, die hier jetzt von allen so beklagt werden, wer hat die denn in die Welt gesetzt? Die Bürgerinnen und Bürger der DDR? Die Bürgerinnen und Bürger der BRD? Oder waren das nicht vielmehr die politischen Parteien, und wenn ja, aus welchen Motiven heraus?

(Beifall bei PDS und vereinzelt bei Bündnis 99/Grüne)

Und ich muß ehrlich sagen, ich kann diese Motive auch nicht mehr nachvollziehen. Es ist doch überdeutlich. Da gibt es eben eine Partei, die möchte gerne zeigen, daß die Kohl-Regierung es auch nicht besser kann als die de-Maizière-Regierung und daß man deshalb eine bestimmte Partei am 2. Dezember nicht wählen kann, und da gibt es eine andere Partei, die möchte gerne das Gegenteil beweisen. Für all das habe ich ein gewisses Maß an Verständnis. Aber das Verständnis geht nicht so weit, daß ich sage, wir können hier auf Kosten der Sachprobleme der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes diese Debatte so weiter führen, wie sie in den vergangenen Tagen und Wochen geführt worden ist.

Und ich sage noch einmal, wenn wir z. B. in der vergangenen Sondersitzung einige Sachanträge wenigstens zusätzlich bearbeitet hätten, damit die Bürgerinnen und Bürger sehen, wir befassen uns nicht nur mit Wahlrecht und nicht nur mit Beitritts-terminen, sondern auch noch mit den Sachfragen, die sie wirklich bewegen, dann wäre das Ansehen des Hauses nicht so geschädigt worden, wie das gegenwärtig der Fall ist.

(Beifall)

Und jetzt lassen Sie mich noch einige Aspekte nennen, die ich für sehr bedeutsam halte, z. B. wenn man heute nun verbindlich nicht sagt, an welchem Tag wir entscheiden, sondern sagt, an welchem Tag der Beitritt erfolgt, was das eigentlich auch ein bißchen für eine anmaßende Haltung ist. Klar ist doch, es gibt immer noch Rechte der Alliierten. Klar ist auch, die sollen beendet werden. Die Souveränität Deutschlands soll in vollem Umfang hergestellt werden. Eine Bedingung der vier Siegermächte war, daß sie darüber eine vertragliche Vereinbarung mit den beiden deutschen Staaten zustande bringen wollen, und daß wir dann sozusagen in die vollständige Souveränität entlassen werden.

Und jetzt machen wir hier folgendes: jetzt schreibt die Volkskammer den vier Mächten das Datum vor. Und wenn wir sagen 3. Oktober z. B. und wenn wir das verbindlich sagen, dann sagen wir also, bis dahin habt ihr euch zu einigen, das ist der Wille der Volkskammer, anders dulden wir das nicht mehr. Da steckt eine Portion Anmaßung dahinter, die ich für gefährlich halte, schon im Ansatz von der Überlegung her.

(Unruhe im Saal)

Was passiert denn nun zum Beispiel, wenn sich etwas verzögert? Was wir tun können und wofür es auch eine Zustimmung glaube ich der meisten Angehörigen meiner Fraktion gibt, das ist, daß wir heute den Tag festlegen, an dem das entschieden wird und daß wir bis dahin die Sachprobleme, die es in diesem Land noch zu lösen gilt, lösen, und das sind viele Probleme wirtschaftlicher, sozialer, juristischer und anderer Natur.

Und ich möchte noch auf etwas hinweisen. Wir dürfen doch nicht den falschen Eindruck zulassen, daß wir mit einem Beitritt etwa die Probleme, die wir heute nicht gelöst haben, gelöst hätten. Es geht doch nicht an, daß wir Illusionen auch noch schüren. Wir müssen doch ehrlich sein und sagen: Allein durch den Beitritt ändert sich oder löst sich in bestimmten Wirtschafts- und Sozialfragen zunächst einmal nichts.

Und dann, finde ich, muß man auch, wenn es Druck gibt - das verstehe ich, und den gibt es sehr breit, das stimmt auch - als Politiker die Verantwortung auf sich nehmen, mal etwas Unpopuläres sagen und dazu zu stehen und zu sagen, welche Folgen wodurch eintreten würden, wenn man eine Entscheidung trifft, selbst wenn sie im Augenblick aus irgendwelchen Motiven gewünscht wird. Man kann als Politiker nicht immer für sich in Anspruch nehmen, nur Dinge zu sagen, die auf breiteste Zustimmung stoßen. Wahrheiten können auch unbequem sein, und auch zu ihnen muß man stehen, und dazu gehört z. B., daß diese drei Bedingungen, die hier genannt worden sind, für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, für ihre Zukunft ungeheuer wichtig sind, und zwar selbst dann, wenn das heute vielleicht nicht jeder so sieht, aber spätestens 1991 oder 1992 oder 1993 kann es für ihn große Bedeutung haben.

Wir haben die Pflicht - dafür werden wir übrigens auch nicht schlecht bezahlt -, uns Gedanken über eine bestimmte Zeit hinaus zu machen und offen diese Wahrheiten auszusprechen. Es ist doch im Augenblick so: Wir haben den Einigungsvertrag noch nicht. Mit anderen Worten: Die Ergebnisse der Bodenreform sind noch nicht gesichert; die Eigentums- und Nutzungsrechte der DDR-Bürgerinnen und -Bürger sind noch nicht gesichert; das Gleiche gilt für Mietrecht, das Gleiche gilt für bestimmte Sonderregelungen in der DDR - ich erinnere an die selbstbestimmte Schwangerschaft und Mutterschaft der Frauen, ich erinnere an viele andere Fragen, die ja mit eingebracht werden sollen in einen solchen Einigungsvertrag.

Wirtschaftliche Maßnahmen, wichtige wirtschaftliche Maß-

nahmen können wir doch sofort beschließen - wer hindert uns denn z. B. daran, den Schuldenerlaß per 30. 6. 1990 für private, genossenschaftliche und volkseigene Betriebe zu beschließen?

(Beifall bei der PDS)

Wer hindert uns denn daran, Maßnahmen für die Landwirtschaft zu beschließen? Das ist auch nicht glaubwürdig, wenn wir so tun, daß wir das alles nicht könnten, und deshalb müßte der Beitritt sofort erfolgen - dann würde es geschehen - ja, wie denn? Wer soll denn eigentlich diese Ergebnisse z. B. der Bodenreform oder diese Eigentums- oder Nutzungsrechte für DDR-Bürgerinnen und -Bürger sicher in eine deutsche Einheit hineinbringen, wenn nicht die Volkskammer der DDR? Wir sind doch die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, um ihre Interessen und Rechte zu sichern und nicht, um zu sagen: Wie das auch immer mal wird in Zukunft - wir gehen da jetzt rein, wir konnten leider für euch nichts sichern. Das ist doch keine politische Haltung, das kann nicht der Ausgangspunkt unserer Entscheidungen sein!

(Starker Beifall bei der PDS)

Und ich sage es noch einmal: Wenn diese Termindiskussion hier nicht von uns - da will ich niemand ausnehmen, obwohl ich da die PDS in Schutz nehmen kann, weil sie sich daran tatsächlich nicht beteiligt hat

(Unruhe im Saal)

an der Diskussion zum Beitrittstermin, sonst beteiligen wir uns natürlich überall, das ist klar,

(Heiterkeit)

wenn diese Diskussion von uns nicht ausgelöst worden wäre, sondern wenn wir klipp und klar immer wieder gesagt hätten, welche Maßnahmen durchführbar sind und welche auch noch unbedingt durchgeführt werden müssen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes - dann, glaube ich, würden wir auch sehr viel mehr Zustimmung bekommen.

Und im übrigen gilt das nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, sondern auch für die der Bundesrepublik Deutschland, denn auch die brauchen z. B. hinsichtlich der Eigentums- und Nutzungsrechte an Grundstücken und ähnlichem Klarheit. Es ist ja auch für sie wichtig zu wissen, wie das nun zukünftig geregelt sein wird, um das nicht über eine Rechtsprechung über 10 Jahre allein den Gerichten zu überlassen. Hier eine verbindliche Klärung in einem Vertrag herbeizuführen, das sehe ich als notwendig an, und ich sage deshalb deutlich: Wenn es gelingt, einen vernünftigen Einigungsvertrag zustande zu bekommen, wenn es gelingt, ihn zu ratifizieren, dann tun wir mehr für die Bürgerinnen und Bürger der DDR, als wenn wir jetzt irgendeinem momentanen populistischen Streben nachgeben und alle diese Fragen für die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ungesichert lassen, rechtlich ungeregelt lassen.

Wir werden später sehr viele Vorwürfe ernten, daß wir diese unsere Aufgabe nicht erfüllten, obwohl wir allein für diese Aufgabe gewählt worden sind.

(Beifall bei der PDS und Bündnis 90/Grüne)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächstes spricht für die Fraktion der F.D.P. der Abgeordnete Ortleb.

Prof. Dr. Ortleb für die Fraktion der F.D.P.:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sicherlich hat die PDS recht damit, wenn sie sagt, daß sie über den Beitrittstermin bisher noch nicht gerechnet hat. Das ist aber auch verständlich, denn sie ist nicht die Partei, die das Beitrittsprojekt vorangetrie-

ben hat. Also muß sie sich auch nicht um den Termin kümmern. Natürlich erhebt sie sich damit auch der Verantwortung dafür. Sie hat in diesem Sinne heute eine günstige Position.

Ich möchte weiter feststellen, daß aber wir, die Fraktionen, die sich anfangs darauf geeinigt hatten, daß Beitritt nach Artikel 23 ein Weg ist, in die Pflicht genommen sind, den Weg auch zu finden. Das Problem besteht darin, daß wir für diesen Weg eine Mehrheit von zwei Dritteln brauchen. Wir haben alle gemerkt, daß mit einer Diskussion über dieses Thema wirklich kein politisches Profil zu machen ist. Aus diesem Grunde muß die Einsicht bei allen Abgeordneten doch einkehren, insbesondere bei denen, die die Vereinigung nach Artikel 23 wollen, daß wir den Schnittpunkt aller Geraden suchen müssen, den es gibt, wo sich wenigstens zwei Drittel treffen.

(Beifall bei der F.D.P., SPD, DSU, CDU/DA)

Das heißt natürlich, daß man hier auch vermitteln muß, und das war der Grund, warum am Anfang der Sitzung die Liberalen noch eine Auszeit beantragt hatten. Wir haben Stimmungen aufgefangen, haben analysiert und gemerkt, wo der Schnittpunkt sein könnte. Wir hoffen, daß das Ergebnis dieser Überlegung sich heute noch in Form von Anträgen kleidet.

Ich möchte noch hinzufügen, daß es eigentlich kein großer qualitativer Sprung ist, wenn wir heute nur wieder eine gut getarnte Absichtserklärung verabschieden würden, daß wir irgendeinen Tag finden, ich muß das Datum auslassen, wo auf der Tagesordnung stehen wird: Beitritt nach Artikel 23. Das ist auch nur eine Absicht, die ganze Erklärung. Wir sollten es müde sein, uns in mehr oder weniger geschickten Formulierungen und in solchen Absichtserklärungen zu üben. Wir sollten entscheiden, ob man nicht von uns verlangt, daß man klipp und klar erklärt: Wir treten bei. Natürlich können wir das mit Überlegungen verbinden und auch mit Bedingungen des zeitlich Machbaren. Ich glaube aber nicht, daß der Spielraum für den Einigungsvertrag größer wird, wenn in voller Erwartung des Artikel-23-Beitritts wir uns nicht artikulieren können, wie, zu welchen Zeiten der Zug auf welchen Bahnsteigen des Fahrplans der deutschen Einheit sein soll. Dazu muß man auch einen Beitrittstermin nennen.

Noch besser wäre zu beschließen, daß mit Wirkung zu einem gewissen Termin heute erklärt wird, beizutreten. Dann sind nämlich hier die Fronten klar. Es erwarten sehr viele Leute die Rechtssicherheit

(Beifall bei der F.D.P. und SPD)

und das Beginnen eines wirtschaftlichen Wirkens, was nicht mit Bedenken eines eventuellen Vielleicht, Später oder Wann denn wollen diese fünf Länder denn echte Bundesländer geworden sein?. Deswegen muß diese Frage geklärt sein. Wir sind einfach müde geworden, und wir machen andere damit müde, daß wir keine Entscheidung finden können.

Ich habe als Kind von meinen Eltern Belehrungen erfahren, weil ich auf dem Gebiet anfangs schwach war, einen schlechten Umgang mit dem Wort bitte gehabt habe, so daß ich vielleicht dadurch besonders intensiv empfinde, wie und wann man mit diesem Wort umgehen soll.

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich bitte Sie heute, nicht nur Absichten zu erklären, ich bitte Sie zu wägen, welche Anträge und Änderungsanträge man Ihnen unterbreitet. Ich hoffe und bitte Sie, daß wir es heute hinter uns bringen können und nie wieder über dieses Thema diskutieren müssen. Danke.

(Starker Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächster spricht für die Fraktion Bündnis 90/Grüne der Abgeordnete Meisel.

Dr. Meisel (Bündnis 90/Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Volkskammer ist heute lapidar über den Rücktritt von 9 Ministern informiert

worden. Es ist offenbar das Bestreben der Regierung, möglichst schnell über diesen Punkt zur Tagesordnung überzugehen. Und was bietet sich da mehr an, als daß man das beliebte Thema des Einigungstermins schnell und unter Übrumpelung der Volkskammer wieder auf die Tagesordnung setzt?

(Beifall, vor allem bei Bündnis 90/Grüne und der SPD)

Man kann ja sicher sein, daß man damit der berechtigten Hoffnung unserer Bevölkerung entgegenkommt, die freilich erwartet, daß man endlich zu Stuhle kommt. Nur so, wie das heute geschehen ist, muß ich sagen: Ich kenne die Weise, und ich kenne den Text, und wo die Verfasser sitzen, das läßt sich mindestens denken. Wir kennen das ja schon von dem 18. März, als viele meinten, danach wird alles besser. Dann haben alle darauf gehofft, daß mit dem Termin der Währungsunion, wenn wir ins kalte Wasser springen, alles gut wird, und nun japst unsere Wirtschaft, und genauso wird es mit dem Vereinigungstermin auch wieder kommen, weil wir nun einmal durch eine Talsohle durchmüssen, die kein bißchen kürzer oder flacher wird dadurch, daß wir Termine hin und her schieben. Vielmehr ist es so, daß die Probleme, die in unserem Land zur Zeit auf der Tagesordnung stehen, durch diese Regierung nicht gelöst, sondern verschärft wurden. Darum ist es notwendig, an dieser Stelle auszusprechen, daß die Regierungskrise, von der diese Diskussion wohl ablenken soll, das Scheitern der Regierungspolitik signalisiert, wie sie in der Regierungserklärung vom 19. 4. durch den Ministerpräsidenten vorgestellt wurde.

Einige der zurückgetretenen Minister haben sicherlich ihr Bestes getan, um trotz dieser verfehlten Politik die Interessen unserer Bürger so gut wie möglich zu vertreten.

(Beifall)

Ihnen gilt unser Dank.

(Beifall)

Beispielhaft für alle nenne ich Frau Dr. Hildebrandt.

(Beifall)

Bei anderen Ministern war der Rücktritt lange überfällig. Sie können im Protokoll nachlesen, daß unsere Fraktion gegen einige der jetzt entlassenen Minister bereits vor ihrer Wahl schwerste Bedenken erhoben hat.

Vor allem aber ist diese Regierungskrise ein Ausdruck der tiefen Kluft zwischen den bisherigen Regierungsparteien, die nur an die nächste Wahl denken, und unserer Bevölkerung, deren Interessen von dieser Regierung weder im ersten Staatsvertrag ausreichend vertreten wurden noch bei den Verhandlungen zum zweiten, dem sogenannten Einigungsvertrag, bisher zu ausreichenden Ergebnissen geführt haben.

Wir appellieren daher ernstlich an das verbleibende Kabinett, die restliche Zeit zu nutzen, um die Rechte der Menschen unseres Landes auch für die Zeit nach der Vereinigung zu sichern. Viele dieser offenen Punkte sind heute schon mehrfach genannt worden: Die 2+4-Verhandlungen, die Länderbildung, es müssen die Eigentumsfragen geklärt werden, es muß die Entschuldung vorangebracht werden, es geht um den Finanzausgleich. Es muß geklärt werden, was in der Zwischenzeit bis zur Bildung der Landesregierungen geschieht und wie dort die Arbeitsfähigkeit gewährleistet ist. Die Regierung hat bisher kein befriedigendes Konzept für diese Aufgaben vorgelegt. Es gibt eine Menge zu tun, und ich habe freilich die guten Worte des Herrn Ministerpräsidenten vorhin gehört, aber ich habe langsam das Vertrauen daran verloren, daß er das Durchsetzungsvermögen hat, davon auch nur einen Bruchteil zu verwirklichen.

(Beifall, vor allem bei der SPD, Bündnis 90/Grüne und der PDS)

Die Regierung der DDR sollte keinen Grund haben, sich so sang- und klanglos aus dem Amt zurückzuziehen, wie wir das heute erlebt haben. Lassen Sie uns endlich zur Sacharbeit kom-

men! So schnell wie möglich die deutsche Einheit und so gut wie nötig darf eben nicht heißen, die Katze im Sack zu kaufen, sondern das muß heißen, daß die wesentlichen Bedingungen abgeschlossen und von uns geprüft sein müssen, ehe wir diesem Vertrag zustimmen können. Das gebietet die Verantwortung, die uns unsere Wähler auferlegt haben.

In Anbetracht dessen stellt die Fraktion Bündnis 90/Grüne folgenden Änderungsantrag zum Antrag der Abgeordneten der CDU/DA. Entschuldigen Sie, es ist ein kurzer Text - ich lese ihn noch einmal im ganzen vor:

„Die Volkskammer möge beschließen, daß auf einer Volkskammersitzung am 3. 10. 1990 über den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD gemäß Artikel 23 entschieden und der Termin des Beitritts verbindlich zum schnellstmöglichen Zeitpunkt festgelegt wird. Voraussetzungen sind, daß bis dahin die 2+4-Verhandlungen abgeschlossen sind, die Länderbildung rechtswirksam abgesichert ist, die Interessen der DDR-Bevölkerung in einem Einigungsvertrag ausreichend berücksichtigt sind und ein von der Volkskammer bestätigtes Regierungskonzept für die Übergangszeit vorliegt.“

Ich danke Ihnen.

(Beifall vor allem beim Bündnis 90/Grüne und bei PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Die Aussprache ist damit zunächst beendet.

Ich habe eine Reihe von Abänderungsanträgen zugereicht bekommen. Wir haben uns im Präsidium darauf geeinigt - und es liegt in der Natur der Sache und geht nicht anders -, daß die Abstimmungen jetzt, obwohl die Aussprache bisher für beide Tagesordnungspunkte gemeinsam war, für die einzelnen Tagesordnungspunkte nacheinander abgearbeitet werden muß.

Zum Antrag der Fraktion der DSU, in der ja der heutige Tag, der 22. 8., als Termin genannt worden ist, ist der Abänderungsantrag der Fraktion der SPD eingegangen: Die Volkskammer möge beschließen: Wir erklären den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes mit Wirkung vom 15. 9. 1990.

Dies ist ein Abänderungsantrag zum Antrag der DSU. Darüber wird zunächst abgestimmt. Sollte er nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit finden - das heißt, ein Abänderungsantrag braucht bloß die einfache Mehrheit zu finden, die Zwei-Drittel-Mehrheit wird bei der Schlußabstimmung festgestellt -, sollte er nicht die ausreichende Mehrheit finden, wird dann über den Antrag der DSU in der vorliegenden Form abgestimmt. Dazu werde ich nachher noch einmal fragen, ob Sie auf der namentlichen Abstimmung bestehen.

Zunächst also die Abstimmung: Wer dem Abänderungsantrag der SPD zustimmt, den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes mit Wirkung vom 15. 9. 1990 zu erklären, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Damit ist der Abänderungsantrag mit klarer Mehrheit abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der DSU. Es handelt sich bei diesem Antrag um einen Antrag, der zweifelsfrei einer Zwei-Drittel-Mehrheit bedarf. - Wir hatten darüber vorher schon Verständigung erzielt, Herr Gysi, und ich freue mich über die Einigkeit in dieser Angelegenheit. Wir haben die namentliche Abstimmung beantragt bekommen. Die Fraktion besteht - wie ich an dem Nicken merke - weiterhin auf diese namentliche Abstimmung.

Wir kommen damit zur Abstimmung über diesen Antrag der Fraktion der DSU - wieder in der üblichen Weise, daß Sie sich bitte Ihre Abstimmungskarten draußen im Foyer holen und dann hier in die Wahlurnen einwerfen.

(Namentliche Abstimmung)

Die Abstimmung ist beendet. Die Schriftführer können auszählen.

(Auszählung)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Ich bitte die Abgeordneten, Platz zu nehmen. Ich habe nämlich eine ausgesprochen erfreuliche Mitteilung zu machen. Wir haben seit 43 Minuten ein Geburtstagskind unter uns. Der Minister, Herr Gibtner, ist seit 43 Minuten 50 Jahre alt.

(Beifall)

Ich wünsche ihm, daß der Tag, der jetzt noch vor ihm liegt, ein bißchen angenehmer wird als das, was wir bis jetzt bewältigen mußten. Aber wir werden es bewältigen.

Ich teile Ihnen zunächst das Abstimmungsergebnis dieser letzten Abstimmung über den Antrag der DSU mit. Abgegebene Stimmen 364, mit Ja haben gestimmt 56 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 183 Abgeordnete. 125 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag von mehr als 20 Abgeordneten der Fraktion der CDU/DA, der Ihnen in Drucksache Nr. 201 vorliegt, und zu den Abänderungsanträgen dazu.

Ich möchte Ihnen zunächst bekanntgeben, daß uns zu diesem Antrag ein Abänderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne vorliegt:

„Die Volkskammer möge beschließen, daß auf einer Volkskammersitzung am 3. 10. 1990 über den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD gemäß Artikel 23 entschieden und der Termin des Beitritts verbindlich zum schnellstmöglichen Zeitpunkt festgelegt wird. Voraussetzungen sind, daß bis dahin die 2+4-Verhandlungen abgeschlossen sind, die Länderbildung rechtswirksam abgesichert ist, die Interessen der DDR-Bevölkerung in einem Einigungsvertrag ausreichend berücksichtigt sind, ein von der Volkskammer bestätigtes Regierungskonzept für die Übergangszeit vorliegt.“

Dieser Abänderungsantrag müßte abgestimmt werden. Bevor ich das tun will, möchte ich Sie aber

(Unverständlicher Zuruf)

- oh ja, es fehlt eine ganze Fraktion. Das ist für die Abstimmung bedauerlich. - Ich möchte Sie aber trotzdem noch, damit Sie das bedenken können, darüber unterrichten -- jetzt kommt der Blumenstrauß für den Abgeordneten und Minister.

(Beifall)

Als zweites liegt uns ein gemeinsamer Antrag der Fraktion der CDU/DA, DSU, FDP und SPD vor mit folgendem Wortlaut:

(Zwischenrufe: Das stimmt nicht!)

Sage ich da was Falsches? - Also DSU soll da nicht draufstehen?

(Kirchner, CDU/DA: Ich bitte um eine Auszeit für meine Fraktion)

Ich will jetzt einfach diesen Antrag zunächst vorlesen, wie er mir vorliegt.

„Die Volkskammer erklärt den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990. Sie geht dabei davon aus, daß die Beratungen zum Einigungsvertrag zu diesem Termin abgeschlossen sind, die 2+4-Verhandlungen einen Stand erreicht haben, der die außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen der deutschen Einheit regelt, die Länderbildung so weit vorbereitet ist, daß die Wahl in den Länderparlamenten am 14. Oktober 1990 durchgeführt werden kann.“

Können wir zunächst zur Abstimmung über den Abänderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne kommen? Soll ich den Abänderungsantrag noch einmal verlesen? Wenn das gewünscht wird, tue ich das gern.

„Die Volkskammer möge beschließen, daß auf einer Volkskammersitzung am 3. 10. 1990 über den Beitritt der DDR zum Gel-

tungsbereich des Grundgesetzes der BRD gemäß Artikel 23 entschieden und der Termin des Beitritts verbindlich zum schnellstmöglichen Zeitpunkt festgelegt wird. Voraussetzungen sind, daß bis dahin die 2+4-Verhandlungen abgeschlossen sind, die Länderbildung rechtswirksam abgesichert ist, die Interessen der DDR-Bevölkerung in einem Einigungsvertrag ausreichend berücksichtigt sind und ein von der Volkskammer bestätigtes Regierungskonzept für die Übergangszeit vorliegt.“

Bitte schön.

Claus (PDS):

Darf ich Sie zu diesem Antrag, der uns ja in dieser komprimierten Form zum ersten Mal zu Gehör gebracht wurde, noch um die Beschlußempfehlung des Präsidiums bitten? Handelt es sich bei der Beschlußempfehlung um eine geplante Überweisung in die Ausschüsse oder um die Beschlußfassung hier?

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Die Überweisung an einen Ausschuß ist dazu nicht beantragt worden. Es handelt sich hier also um eine Beschlußfassung zu einem Antrag, der auf der Tagesordnung stand, um einen Abänderungsantrag dazu.

Wer diesem Abänderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Abänderungsantrag mit klarer Mehrheit abgelehnt.

(Dr. Schmiele, DSU: Ich bitte um eine kurze Auszeit.)

Sie brauchen noch eine Zeit.

(Dr. Schmiele, DSU: Es geht um die Abstimmung mit den Geschäftsführern. Ich bitte darum. Wir haben auch unsere Probleme.)

Dann würde ich aber jetzt um folgendes bitten: Da Sie offenbar diese Abstimmung hier in diesem Raum vornehmen können, brauchen wir bloß noch einen Gesprächszeitraum. Um 1.00 Uhr geht es weiter.

(Unterbrechung der Sitzung)

Mir ist eben mit der Bemerkung „ein Gnadenakt“ ein Zettel gereicht worden, der lautet: „Der Rechtsausschuß trifft sich heute um 10.00 Uhr.“ Ich gehe davon aus, daß er sich etwas später trifft, als vorher vereinbart. Und ich darf dann vielleicht sagen: Das Präsidium hat sich darauf geeinigt, sich um 9.00 Uhr zu treffen. Die Gnadenakte häufen sich.

Ein Antrag zur Geschäftsordnung. Der Abgeordnete Gysi bitte.

Dr. Gysi (PDS):

Herr Präsident! Der jetzt überreichte zweite Änderungsantrag von verschiedenen Fraktionen, von welchem auch immer, über den wir entscheiden sollen, wäre meines Erachtens ein Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 1 gewesen, aber nicht zum Tagesordnungspunkt 2. Ich darf darauf hinweisen: Der Tagesordnungspunkt 1 beschäftigte sich mit dem Beitritt. Der Tagesordnungspunkt 2 beschäftigte sich mit einem Antrag, einen Termin festzulegen, an dem wir über den Beitritt entscheiden. Das sind inhaltlich zwei sehr unterschiedliche Sachen. Der jetzige Antrag läuft darauf hinaus, heute verbindlich den Beitritt zu erklären, wenn auch zu einem anderen Datum. Das war eigentlich das Anliegen des Antrages zu 1, wenn auch zu einem anderen Datum, nicht das Anliegen des Antrages zu 2. Meines Erachtens handelt es sich nicht um einen einfachen Änderungsantrag. Und alle Argumente, die vorhin genannt worden sind, hätten hierfür entsprechende Bedeutung. Meines Erachtens würde das jetzt eine Erweiterung der Tagesordnung erfordern und damit

auch zumindest die Möglichkeit zu einer Aussprache. Und ich bin immer noch der Meinung, daß das erhebliche Auswirkungen hat, wenn wir heute den Beitritt erklären, ohne daß die Bedingungen heute erfüllt sind, die wir eigentlich als Voraussetzungen benennen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Ich kann dazu zunächst folgendes sagen: Das Präsidium hatte im Wissen darum, daß sich die beiden Anträge schwer voneinander abgrenzen lassen, weil die Frage, ob nicht bereits der Antrag des zweiten Tagesordnungspunktes ein Abänderungsantrag zum ersten ist oder umgekehrt, sich schwer entscheiden läßt. Uns blieb nichts anderes übrig, als in einer Reihenfolge, auch in der Reihenfolge, wie eben die Abänderungsanträge eingegangen sind - denn dieser ist ja erst später eingegangen - abzustimmen. Ich habe auch volles Verständnis dafür, wenn jetzt dazu noch das Wort gewünscht wird. Der Abänderungsantrag, den ich vorhin verlesen habe, den ich auch gern noch einmal verlesen will, weil er Ihnen nicht schriftlich vorliegt, ist freilich so beschaffen, daß dazu noch einmal gesprochen werden können muß.

Ich lese zunächst noch einmal diesen Abänderungsantrag vor und frage dann, ob dazu das Wort gewünscht wird und wer dazu sprechen möchte. Ich sehe noch einen Geschäftsordnungsantrag. Er betrifft aber, glaube ich, die Abstimmung. Dann können wir das noch einen Moment zurückstellen.

Der Abänderungsantrag lautet:

„Die Volkskammer erklärt den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990. Sie geht dabei davon aus, daß die Beratungen zum Einigungsvertrag zu diesem Termin abgeschlossen sind, die 2 + 4-Verhandlungen einen Stand erreicht haben, der die außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen der deutschen Einheit regelt, die Länderbildung soweit vorbereitet ist, daß die Wahl in die Länderparlamente am 14. Oktober 1990 durchgeführt werden kann.“

Ich frage jetzt, ob dazu noch das Wort gewünscht wird. - Bitte schön, der Abgeordnete Reich.

Prof. Dr. Reich (Bündnis 90/Grüne):

Ich will es kurz machen. Ich bin der Meinung, wir kommen mit auch noch so verklausulierten und geschickten Formulierungen nicht aus dem Dilemma heraus, daß es zwei Standpunkte gibt. Der eine: Wir wollen heute nicht Ankündigungen, wie Herr Ortleb gesagt hat, wiederholen, sondern zu einem mit Zweidrittelmehrheit beschlossenen Beitrittstermin kommen und die andere Denkschule, daß dieser Beitritt nur dann annehmbar ist, wenn die Vorbedingungen, die nun alle schon hundertmal genannt worden sind, erfüllt sind.

Ich glaube nicht, daß es möglich ist, zwischen diesen beiden Standpunkten eine vermittelnde Formulierung zu finden. Auch die Formulierung, die hier vorgeschlagen ist, vermittelt nicht. Es gilt nicht, daß wir beitreten zu dem Grundgesetz und dazu Bedingungen nennen. So was gibt es nicht. Das ist ausdrücklich ausgeschlossen, so daß das, wovon wir ausgehen, was wir also hinten dranhängen, das ist eine Erwartung oder sonst irgend etwas, aber keine bindende Einschränkung,

(Beifall vorwiegend bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

die etwa, wenn da irgend etwas nicht erfüllt wäre, die ganze Sache rückgängig machen würde.

Darüber müssen wir uns im klaren sein. Es geht nur: Wir sagen jetzt ja und treten bei, oder wir treten nicht bei und warten die Bedingungen ab, die die Regierung aushandeln soll.

(Vereinzelt Beifall, vorwiegend bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Danke schön. Ich glaube, die Interpretation ist korrekt. Bitte schön, Herr Gysi.

Dr. Gysi (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will es auch versuchen, kurz zu machen. Ich will nur darauf hinweisen, daß ich dieser Interpretation voll zustimme und daß wir unserer eigenen Regierung damit jeden Verhandlungsspielraum nehmen. Wenn wir klipp und klar heute erklären, ab dem 3. Oktober 1990 gehört die DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, könnte man auch jede Verhandlung beenden. Es gibt nichts mehr, was die Regierung der DDR entgegensetzen kann. Man braucht eigentlich nur noch abzuwarten, und dafür sind die Fragen zu wichtig, die noch verhandelt und entschieden werden müssen.

Wir müssen unserer eigenen Regierung ein Minimum an Spielraum lassen, ganz abgesehen von dem, was ich vorhin sagte, nämlich der Unter-Druck-Setzung von vier Großmächten.

Und das letzte, was ich dazu noch sagen will, ist folgendes: Man wird uns später messen daran, wie es uns gelungen ist, in diesem Einigungsprozeß die Interessen der Bürgerinnen und Bürger der DDR zu vertreten. Und wenn jetzt vieles schiefgehen sollte, aber diesen Beschluß, den können wir nicht mehr zurücknehmen - der Beitritt ist dann endgültig zum 3. Oktober vollzogen - dann wird man uns zur Rechenschaft dafür ziehen, daß wir das eine oder das andere, was ungeheuer wichtig gewesen wäre, nicht mehr geregelt oder nicht mehr durchgesetzt haben, was wir noch tun könnten, wenn wir heute sagen, an welchem Tag wir darüber entscheiden, aber den Beitritt selbst noch nicht vollziehen, um der Regierung und damit auch der Volkskammer ein Minimum an Spielraum bei der Interessenvertretung und bei der Durchsetzung der Interessen auch bei unserem Verhandlungspartner, der Bundesrepublik Deutschland, zu ermöglichen.

Ich appelliere deshalb an Sie, nicht leichtfertig populistisch zu entscheiden, sondern daran zu denken, wenn wir zur Abstimmung über diesen Änderungsantrag und dann über den Antrag selbst kommen.

(Vereinzelt Beifall, vorwiegend bei PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Danke schön. Ich sehe noch drei Wortmeldungen, also offenbar jede Fraktion noch mit einem kurzen Statement. Ich arbeite das jetzt der Reihenfolge ab, wie ich es gesehen habe. Der Abgeordnete Krause zunächst.

Dr. Krause (CDU/DA):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der CDU/DA gehört mit zu den Einreichern des Abänderungsvertrages. Wir sind uns der vollen Verantwortung in dieser Stunde bewußt. Wir schätzen ein, daß die geplanten Verhandlungen, bis zum Anfang der nächsten Woche gedacht, beendet sind, von diesem Schritt nicht beeinflußt werden

Ich möchte daran erinnern, daß in viel größerem Umfang die permanente Diskussion um die Termine bis hin zum permanenten sofortigen Beitritt eine wesentlich größere Verunsicherung auch der Verhandlungspartner darstellt. Ich würde, da wir in dieser für unser Volk so wichtigen Frage hier einen für unser Haus breiten Konsens gefunden haben, Sie bitten, diesem Abänderungsantrag und damit dem geänderten Antrag zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Bitte schön, die Abgeordnete Birthler.

Frau Birthler (Bündnis 90/Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß dieser vorliegende Antrag in der Substanz nichts anderes ist als der vorhin von der großen Mehrheit abgelehnte Antrag der DSU. Es gibt nur zwei geringfügige Veränderungen - die eine ist der Zeitunterschied von knapp 14 Tagen; während die andere eingrenzende Bedingungen betrifft, die bei diesem Antrag ausschließlich Absichtserklärungen sind, wie sie in dem Haus häufig schon abgegeben wurden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS und Bündnis 90/Grüne)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Danke schön. - Für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Thierse.

Thierse (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind in einer eigentümlichen Situation, man kann das ein Dilemma nennen. Wir können nicht damit drohen, nicht beizutreten, und dabei meinen, wir hätten dadurch eine starke Verhandlungsposition.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, CDU/DA und F.D.P.)

Es ist eine Illusion hinsichtlich der Verhandlungsposition, und dies ist eine Selbsttäuschung gegenüber unserer Bevölkerung. Das muß man ganz klar sehen.

(Beifall bei der SPD, CDU/DA und F.D.P.)

Weiterhin wird auch nach einem Beitritt - das wissen wir doch alle - der Kampf um die Verwirklichung sozialer Interessen, um Gerechtigkeit, um die ökonomische und soziale Gestaltung des einigen Deutschlands weitergehen.

(Unruhe im Saal)

Wir müssen nicht die Illusion haben oder die Erwartung haben, daß in dem Einigungsvertrag alles geregelt werden kann. Ich bin sicher, der Beitritt wird nicht Wunder bewirken, aber er sortiert die Kräfte neu, unter denen dann dieselben Themen weiter zu behandeln sind.

Im übrigen sage ich noch einmal: Wir sollten auch nicht die schwarze Illusion erwecken, daß wir unter die Räuber fallen.

(Starker anhaltender Beifall bei der CDU/DA und F.D.P.)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Für die Fraktion der DSU bitte der Abgeordnete Schwarz.

Schwarz (DSU):

Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Wir nehmen mit dem tiefsten Bedauern zur Kenntnis, daß wir keine Mehrheit gefunden haben.

Wir werden es unseren Bürgern erklären müssen, auch Sie werden es erklären müssen, denn Sie werden schon morgen gefragt werden, warum Sie dem Antrag der DSU nicht zustimmten.

(Unruhe bei der PDS)

Sie werden den Bauern erklären müssen, daß ein Landwirtschaftsministerium beispielsweise ohne Minister, mit unfähiger

Leitung, wie es zur Zeit scheint, besteht, daß die Bauern ihre Nöte nach wie vor nicht vorbringen können und daß sie dann noch warten sollen, daß ihre Nöte in dieser heißen Erntezeit, die nun bald losgeht, beseitigt werden.

Aber wir sind der Meinung, daß die DSU in irgendeiner Form doch jeden Antrag unterstützen muß, der zur Einheit führt, der Klarheit schafft im Land. Diese Klarheit wird gebraucht, und wir hoffen jetzt, da uns als kleine Fraktion keine andere Möglichkeit in diesem Parlament bleibt, nur auf diese eine - nämlich den Leuten ein zeitliches Angebot zu machen, daß mit dem heutigen Tag eine Feststellung erfolgt. Das könnte, wenn auch mit innerstem Widerstreben, unsere letzte Zustimmung sein.

(Beifall bei der DSU)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Für die Fraktion der Liberalen der Abgeordnete Ortleb.

Prof. Dr. Ortleb (F.D.P.):

Meine Damen und Herren! Die Kammer, das Hohe Haus hat schon Beschlüsse gefaßt, die diesen Verhandlungsspielraum auf eine ganz gewisse Zeit definiert haben, wir haben über einen Wahlvertrag befunden. Der Spielraum, der bis zum 3. Oktober bleibt, hat nach unserem Ermessen den Raum gegeben, daß der Vereinigungsvertrag ausgehandelt werden kann. Es ist nicht nur 14 Tage.

Ich hatte vorhin von einer Bitte gesprochen - ich hatte die Bitte geäußert, wir sollten zum Schluß finden.

(Beifall bei der F.D.P. und CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Danke schön. Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß ich beim Verlesen des Antrages eben die Antragsteller nicht mit genannt habe und als ich das vorhin vor der Pause gemacht habe, noch eine kleine Unsicherheit war, darum möchte ich es noch einmal sagen. Es handelt sich jetzt um einen gemeinsamen Antrag der Fraktion der CDU/DA, DSU, F.D.P. und der SPD. Sie merken, die Reihenfolge der Fraktionen ist alphabetisch.

Zur Geschäftsordnung. Bitte schön.

Dr. Krüger (CDU/DA):

Herr Präsident! Die Fraktion CDU/DA beantragt namentliche Abstimmung.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Danke schön, wobei es sich bei der namentlichen Abstimmung nur um eine namentliche Abstimmung über die Endvorlage handeln kann, auch wenn Ihnen das jetzt etwas merkwürdig erscheint. Zunächst handelt es sich um einen Abänderungsantrag, daß dieser Text durch einen anderen ersetzt werden soll. Das machen wir jetzt offen und mit einfacher Mehrheit. Dann wissen wir, über welchen Text wir endgültig namentlich abstimmen. Es klingt etwas komisch, aber ist so. Ich frage zunächst, wer diesem Abänderungsantrag zustimmt, statt des ursprünglichen Textes diesen Text zur Abstimmungsgrundlage zu machen, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Wer enthält sich der Stimme? - Mit klarer Mehrheit ist damit der von mir verlesene Text Abstimmungsgrundlage. Soll ich diesen Text noch einmal verlesen?

(Frau Wegener, PDS: Austeilen!)

Ich denke, das Thema hatten wir schon einmal. Ich will die Sache des Diktierens nicht noch einmal wiederholen. Ich verlese

ihn noch einmal. Ich denke, daß der Text so klar ist, daß wir abstimmen können, wenn ich ihn jetzt noch einmal verlesen habe.

„Gemeinsamer Antrag der Fraktion der CDU/DA, DSU, F.D.P. und SPD.

Die Volkskammer erklärt den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990. Sie geht dabei davon aus, daß die Beratungen zum Einigungsvertrag zu diesem Termin abgeschlossen sind, die 2 + 4-Verhandlungen einen Stand erreicht haben, der die außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen der deutschen Einheit regelt, die Länderbildung soweit vorbereitet ist, daß die Wahl in den Länderparlamenten am 14. Oktober 1990 durchgeführt werden kann.“

Dies ist der Text. Es ist namentliche Abstimmung verlangt. Wir wissen inzwischen, wie das geht. Die Abstimmung beginnt. Ich bitte Sie, die Namenskarten zu holen und abzustimmen. Bitte, haben Sie ein bißchen Geduld beim Austeilen der Namenskarten. Diese müssen erst wieder sortiert werden.

(Namentliche Abstimmung)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? - Das scheint der Fall zu sein. Dann ist die Abstimmung beendet. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis auszuzählen.

(Auszählung der Stimmen)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl :

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir bitte noch ein paar Mitteilungen. Der Ausschuß für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft beginnt mit seiner Beratung heute um 9.00 Uhr. Der Rechtsausschuß trifft sich heute um 10.00 Uhr. Der Finanzausschuß trifft sich heute um 10.00 Uhr.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir stimmen alle darin überein, daß wir allen Mitarbeitern des Hauses sowie der Verwaltung und der Gastronomie ganz herzlich danken, daß sie für uns zu so später Stunde noch gesorgt haben.

(Beifall)

Ich möchte daran erinnern, daß ich genau vor 14 Tagen zur gleichen Stunde das Mißvergnügen hatte, hier ein Abstimmungsergebnis mitzuteilen. Heute kann ich Ihnen sagen: Ich habe das Vergnügen, ein Ergebnis zur Abstimmung bekanntzugeben. Es betrifft den Gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU/DA, DSU, F.D.P. und SPD, den Beitritt ... Ich möchte bitten, daß das Protokoll der Abstimmung hier geändert wird. Ich lese noch einmal die Erklärung vor:

„Die Volkskammer erklärt den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit der Wirkung vom 3. Oktober 1990.“

Das liegt Ihnen in der Drucksache Nr. 201 vor. Abgegeben wurden 363 Stimmen. Davon ist keine ungültige Stimme abgegeben worden. Mit Ja haben 294 Abgeordnete gestimmt.

(Starker Beifall der CDU/DA, DSU, F.D.P., teilweise der SPD - die Abgeordneten der genannten Fraktionen erheben sich von den Plätzen)

Mit Nein haben 62 Abgeordnete gestimmt, und sieben Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist ein wirklich historisches Ereignis. Wir haben uns die Entscheidung alle sicher nicht leicht gemacht, aber wir haben sie heute in Verantwortung vor den Bürgern der DDR in der Folge ihres Wählerwillens getroffen. Ich danke allen, die dieses Ergebnis im Konsens über Parteigrenzen hinweg ermöglicht haben.

(Beifall bei der CDU/DA, bei der F.D.P., der DSU, teilweise bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Bevor ich die Tagung schließe und Ihnen mitteile, daß die nächste Tagung der Volkskammer heute um 13.00 Uhr stattfindet, hat unser Geburtstagskind, Herr Gibtner, noch um ein kurzes Wort gebeten und Herr Dr. Gysi - Entschuldigung, Herr Gysi hat noch die Bitte vorgetragen, zum Ergebnis eine persönliche Erklärung abzugeben.

Dr. Gysi (PDS):

Frau Präsidentin! Das Parlament hat soeben nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik zum 3. Oktober 1990 ...

(Jubelnder Beifall bei der CDU/DA, der DSU, teilweise bei der SPD)

beschlossen.

Ich bedaure, daß die Beschlußfassung im Hauruckverfahren über einen Änderungsantrag geschehen ist und keine würdige Form ohne Wahlkampfaktik gefunden hat; denn die DDR, wie sie auch immer historisch beurteilt werden wird, war für jeden von uns - mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen - das bisherige Leben.

So wie wir alle geworden sind, sind wir hier geworden, und ich bedaure, daß der Einigungsprozeß zum Anschluß degradiert ist. Aber ich bin davon überzeugt, es gibt auch neue Chancen. Noch können wir die Zeichen auf Aussöhnung statt auf Feindschaft setzen, und das einige Deutschland braucht eine starke demokratische Regierung, aber auch eine starke demokratische Opposition. Zu letzterem will meine Partei einen wichtigen und würdigen Beitrag leisten. - Ich danke schön.

(Beifall, vor allem bei der PDS)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl :

Bitte, Herr Gibtner!

Gibtner, Minister für Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Werte Besucher! Gestatten Sie dem Geburtstagskind dieser historischen Nachtstunden noch einige Worte.

Werte Abgeordnete, Sie haben unseren Wählern, dem ganzen deutschen Volk, mit dieser Entscheidung von historischer Tragweite ein großes Geschenk gemacht. Wie das bei der Auswahl von Geschenken oft ist, haben Sie sich damit schwer getan, aber Sie haben ins Schwarze getroffen. Und was mich betrifft, so ist die Tatsache, daß ich hier hautnah dabei sein konnte, das Geburtstagsgeschenk für mich und auch die Tatsache, daß das Ergebnis auch meinem Willen entspricht.

Vielleicht darf ich noch einen Geburtstagswunsch äußern, nicht gleich für das ganze neue Lebensjahr, sondern für die noch vor uns stehenden Tage gemeinsamer Arbeit. Ich glaube, daß mit dieser Entscheidung eine schwere Last von unseren Schultern gewichen ist, und ich wünsche mir, daß wir in der verbleibenden Zeit zu konstruktiver Arbeit zurückkehren, frei und souverän,

(Zuruf von der PDS: Wozu noch?)

so wie unsere Wähler das von uns erwarten. Dafür viel Erfolg.

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl :

Vielen Dank. Ich wünsche Ihnen noch eine angenehme Nachtruhe.

Ende der Tagung: 3.00 Uhr

Anlage 1

Namentliche Abstimmung

Tagesordnungspunkt 1 der 30. Tagung der Volkskammer (Sondertagung)

Die Volkskammer lehnt in namentlicher Abstimmung bei notwendiger Zwei-Drittel-Mehrheit mit 56 Ja-Stimmen, 183 Nein-Stimmen und 125 Stimmenthaltungen den Antrag der Fraktion der DSU, verzeichnet in Drucksache Nr. 200, betreffend Erklärung der DDR, am 22. 8. 1990 den Beitritt zur BRD gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes zu vollziehen, ab.

Fraktion CDU/DA

Name	Abstimmung
Ackermann, Else Dr.	Nein
Albrecht, Michael	Nein
Altmann, Eckhard Dr.	Enthaltung
Anders, Reinhard Dr.	Enthaltung
Axthelm, Hans-Henning MR Dr.	Enthaltung
Barthel, Lothar	Enthaltung
Bauer, Harald	Nein
Bechstein, Gunter Dr.	Ja
Becker, Roland	Enthaltung
Berend, Rolf	Enthaltung
Bergmann-Pohl, Sabine Dr.	Nein
Bierling, Hans-Dirk	Enthaltung
Binus, Karl-Heinz	Enthaltung
Blume, Heinz	Nein
Bormann, Katharina	Nein
Brandt, Christoph	Enthaltung
Braun, Wolfgang	Ja
Brick, Thomas Dr.	Enthaltung
Brochnow, Jörg	Nein
Brudlewsky, Monika	Nein
Buck, Manfred	Enthaltung
Caffier, Lorenz	Enthaltung
Clemens, Martin	Nein
Creter, Klaus-Peter	Enthaltung
Dehnel, Wolfgang	Enthaltung
Dierich, Peter Dr.	Nein
Dietrich, Frank	Nein
Domke, Klaus	Nein
Dorendorf, Hans-Georg Dr.	Enthaltung
Dorias, Hans-Wolf	Enthaltung
Douffet, Heinrich Dr.	Enthaltung
Ehlers, Wolfgang	Nein
Eppelmann, Rainer	Nein
von Essen, Hans-Joachim Dr.	Enthaltung
Essler, Rudolf Dr.	Nein
Fiedler, Walter MR Dr.	Enthaltung
Fiedler, Wolfgang	Enthaltung
Fischer, Michael Dr.	Nein
Frönicke, Dieter	Nein
Geisler, Hans Dr.	Enthaltung
Geisthardt, Ralf	Enthaltung
Gies, Gerd Dr.	Enthaltung
Glase, Anne-Karin	Enthaltung
Göttsching, Martin	Enthaltung
Goldhahn, Eberhard Dr.	Nein
Gomolka, Alfred Dr.	Enthaltung
Grehn, Juliane	Nein
Gries, Gundolf	Enthaltung
Grüning, Uwe Dr.	Enthaltung
Gürth, Detlef	Enthaltung
Häfner, Hans-Peter Dr.	Enthaltung
Hagemann, Karl Dr.	Enthaltung
Hahn, Andreas	Enthaltung
Handsack, Lothar	Enthaltung
Haschke, Gottfried	Enthaltung
Haschke, Udo	Enthaltung
Hauck, Christian	Enthaltung
Heise, Manfred	Enthaltung
Henning, Werner Dr.	Enthaltung

Hörning, Günter	Enthaltung
Jaffke, Susanne	Enthaltung
Janovsky, Georg	Enthaltung
Jelen, Frieder	Nein
Jork, Rainer Dr.	Nein
Kayser, Birgit	Nein
Kirchner, Martin	Nein
Kleditzsch, Jürgen Prof. Dr.	Nein
Kleinau, Armin	Enthaltung
Klinkert, Ulrich	Enthaltung
Kober, Manfred Dr.	Ja
Koch, Dieter-Lebrecht Dr.	Enthaltung
Kögler, Brigitta Charlotte	Nein
Köhler, Hans-Ulrich	Nein
Köhler, Johanna	Enthaltung
König, Wolfgang Dr.	Enthaltung
Kosler, Albert Dr.	Nein
Koslowski, Manfred	Enthaltung
Krause, Günther Dr.	Nein
Krause, Wolfgang	Enthaltung
Kreis, Rüdiger Dr.	Enthaltung
Krüger, Paul Dr.	Enthaltung
Krziskewitz, Reiner	Nein
Kühne, Harald-Dietrich Prof. Dr.	Nein
Kunert, Wolfgang	Enthaltung
Landgraf, Katharina	Enthaltung
Lassowsky, Heinz	Ja
Leja, Michael	Enthaltung
Löbel, Hans Dr.	Enthaltung
Lubk, Hans-Ulrich	Enthaltung
Lüth, Peter Dr.	Nein
Luther, Michael Dr.	Enthaltung
de Maizière, Lothar	Nein
Martini zum Berge, Dörte	Enthaltung
Michalk, Maria	Enthaltung
Möbus, Walter Dr.	Nein
Mugay, Peter	Nein
Nitsch, Johannes	Enthaltung
Noack, Gabriele	Enthaltung
Noack, Ludwig	Enthaltung
Nolte, Claudia	Enthaltung
Otto, Irmtrud	Enthaltung
Otto, Norbert	Nein
Paar, Gisbert Dr.	Enthaltung
Patzig, Uwe	Nein
Paulinski, Silvina	Enthaltung
Pfeiffer, Angelika	Enthaltung
Pohl, Gerhard Dr.	Nein
Priebus, Rosemarie	Enthaltung
Rau, Rolf	Enthaltung
Rauber, Klaus	Enthaltung
Reber, Stephan	Ja
Rehm, Stefanie	Nein
Reichenbach, Klaus	Enthaltung
Reimann, Kay	Ja
Rother, Heinz	Nein
Schätze, Michael	Enthaltung
Scharf, Eberhard Dr.	Enthaltung
Schiffner, Eberhard Dr.	Enthaltung
Schirmer, Herbert	Nein
Schmidt, Christa StR Dr.	Enthaltung
Schmuhl, Boje	Enthaltung
Schneeweiß, Burkhard MR Prof. Dr.	Nein
Schneider, Reiner	Enthaltung
Schramm, Andreas	Enthaltung
Schreiber, Harald Dr.	Nein
Schroeder, Hans-Julius	Enthaltung
Schröder, Jürgen	Enthaltung
Schubert, Cordula	Nein
Schulz, Gerhard	Nein
Schulz, Horst	Nein
Schwalbe, Clemens	Nein
Seidel, Jürgen	Enthaltung
Selke, Karl-Ernst	Enthaltung
Sobetzko, Werner Dr.	Nein
Stange, Carmen	Enthaltung
Steinmann, Joachim	Nein
Stempell, Kurt	Enthaltung

Tamm, Ingeborg	Enthaltung	Oleikiewitz, Peter	Nein
Tillich, Stanislaw	Enthaltung	Quien, Hermann	Nein
Toscher, Willibald	Enthaltung	Reiche, Klaus	Nein
Tschalamoff, Nikolaj Klaus	Enthaltung	Reiche, Steffen	Enthaltung
Ulbricht, Hartmut	Enthaltung	Reider, Sybille	Enthaltung
Unger, Dietmar	Enthaltung	Richter, Edelbert	Nein
Wagner, Heinz	Nein	Richter, Joachim	Enthaltung
Waschnewski, Eckhard	Nein	Ringstorff, Harald Dr.	Nein
Weber, Ernst-Hinrich Dr.	Nein	Romberg, Walter Dr.	Nein
Wetzel, Kersten	Enthaltung	Rudolph, Christine Dr.	Ja
Wetzel, Siegfried	Enthaltung	Rudorf, Dieter Dr.	Ja
Wieczorek, Bertram Dr.	Nein	Schemmel, Volker	Enthaltung
Winter, Johannes	Nein	Schnell, Emil Dr.	Enthaltung
Wolf, Bernd	Enthaltung	Schröder, Richard Dr.	Nein
Wonneberger, Michael	Nein	Schultze, Christian	Ja
Wünschmann, Martin	Enthaltung	Schwanitz, Rolf	Nein
Wunderlich, Gert	Enthaltung	Sept-Hubrich, Gisela	Nein
Zimmermann, Rolf Prof. Dr. sc.	Enthaltung	Stephan, Volker Dr.	Nein
Zocher, Lothar	Enthaltung	Stetter, Inge	Ja
		Stockmann, Ulrich	Nein
		Terpe, Frank Prof. Dr. Dr.	Nein
		Thierse, Wolfgang	Nein
		Timm, Gottfried Dr.	Ja
		Uecker, Sabine	Ja
		Voigtländer, Bernd	Nein
		Vollbrecht, Ursula	Nein
		Weigel, Siegfried	Nein
		Weis, Reinhard	Nein
		Weißgerber, Gunter	Ja
		Wiebke, Karsten Dr.	Nein
		Wietschel, Frank Dr.	Ja
		Ziel, Alwin	Nein

Fraktion der SPD

Name	Abstimmung
Amende, Andreas	Ja
Backhaus, Till	Nein
Barbe, Angelika	Ja
Bischoff, Josef Maria	Ja
Bogisch, Frank	Ja
Botz, Gerhard Dr.	Nein
Brecht, Eberhard Dr.	Nein
Brinksmeier, Dankward	Ja
Brösdorf, Bernd	Ja
Donaubauer, Bernd Dr.	Nein
Dräger, Heidrun	Enthaltung
Eckstein, Manfred Dr.	Nein
Ellenberger, Irene	Ja
Elmer, Konrad Dr.	Nein
Fikentscher, Rüdiger Dr.	Nein
Förster, Alfred Dr.	Nein
Fritsch, Christina	Enthaltung
Funke, Christiane	Nein
Gutzeit, Martin	Nein
Hacker, Hans-Joachim	Nein
Hajek, Rosemarie	Nein
Hartmann, Gert	Nein
Heltzig, Herbert Frank Dr.	Enthaltung
Hildebrandt, Regine Dr.	Nein
Hilsberg, Stephan	Nein
Höppner, Reinhard Dr.	Nein
Jacobs, Paul	Nein
Jäger, Renate	Enthaltung
Jauch, Frank	Ja
Kalz, Manfred Dr.	Ja
Kamilli, Karl August	Ja
Kauffold, Peter Prof. Dr.	Nein
Kilias, Günter Dr.	Nein
Körber, Stefan Dr.	Nein
Krehl, Constanze	Nein
Kschenka, Susanne	Nein
Kuessner, Hinrich	Ja
Kunckel, Karl-Heinz Dr. sc.	Nein
Kuppe, Gerlinde Dr.	Enthaltung
Lindemann, Elke	Nein
Lippmann, Frieder	Ja
Lucyga, Christine Dr.	Ja
Manhenke, Volker Dr.	Nein
Matterne, Dietmar Dr.	Ja
Meckel, Markus	Nein
Misselwitz, Hans-Jürgen Dr.	Nein
Möller, Jes Albert	Enthaltung
Morgenstern, Luise	Nein
Natzius, Rüdiger	Nein
Naumann, Manfred Dr.	Ja
Neumann, Gerhard	Nein
Neumeister, Günter Dr.	Ja

Fraktion der PDS

Name	Abstimmung
Albrecht, Petra Dr.	Nein
Bednarsky, Kerstin	Nein
Bergt, Gunter	Nein
Bisky, Lothar Prof. Dr.	Nein
Bittner, Ingrid Dr.	Nein
Börner, Rainer	Nein
Claus, Roland	Nein
Deneke, Marlies	Nein
Enkelmann, Dagmar Dr.	Nein
Fache, Sabine	Nein
Fischer, Ursula Dr.	Nein
Förtsch, Eva-Maria	Nein
Fuchs, Ruth Dr.	Nein
Glück, Hans-Gerd Dr.	Nein
Groß, Jurij	Nein
Gysi, Gregor Dr.	Nein
Hannig, Wolf-Peter	Nein
Hegewald, Helmar Prof. Dr.	Nein
Heise-Schirdewan, Rosemarie	Nein
Heuer, Uwe-Jens Prof. Dr.	Nein
Höpcke, Klaus	Nein
Hotz, Wolfgang	Nein
Jentsch, Margit	Nein
Kaufmann, Sylvia-Yvonne Dr.	Nein
Keller, Dietmar Dr.	Nein
Kertscher, Norbert Dr.	Nein
Kober, Horst Dr.	Nein
Kozian, Bärbel	Nein
Kreuz, Bärbel	Nein
Kröger, Erdmann Dr.	Nein
Kummert, Angela	Nein
Leskien, Jürgen	Nein
Meier, Bernd	Nein
Meier, Lothar	Nein
Mocek, Reinhard Prof. Dr.	Nein
Modrow, Hans Dr.	Nein
Morgenstern, Marion Dr.	Nein
Ostrowski, Christine	Nein
Riege, Gerhard Prof. Dr.	Nein

Scheringer, Johann	Nein	Mäder, Jürgen	Nein
Schneider, Angela	Nein	Matzat, Gotthilf	Nein
Schönebeck, Martina Dr.	Nein	Meisel, Hanns-Ulrich Dr.	Nein
Schubert, Ina	Nein	Nooke, Günter	Nein
Schumann, Fritz Dr.	Nein	Pietsch, Rainer	Nein
Schur, Gustav-Adolf	Nein	Poppe, Gerd	Nein
Seifert, Ilja Dr.	Nein	Reich, Jens Prof. Dr.	Nein
Stadermann, Peter Dr.	Nein	Reichelt, Bernd Dr.	Nein
Steinitz, Klaus Prof. Dr.	Nein	Schulz, Werner	Nein
Stolfa, Roswitha	Nein	Tschiche, Hans-Jochen	Nein
Voigt, Gisela	Nein	Weiß, Konrad	Nein
Wegener, Solveig	Nein	Wollenberger, Vera	Enthaltung
Zschoche, Irma Brigitte	Nein		

F.D.P.-Fraktion

Name	Abstimmung
Annies, Dieter	Ja
Dörr, Burckhard	Enthaltung
Felber, Konrad	Enthaltung
Gleisberg, Dieter Dr.	Enthaltung
Hielscher, Günter Dr.	Ja
Kauffmann, Horst	Enthaltung
Kley, Gerry	Enthaltung
Kney, Johannes Dr.	Enthaltung
Krause, Helmut	Ja
Lehment, Conrad-Michael	Enthaltung
Meißner, Gert Dr.	Enthaltung
Opitz, Bernhard Dr.	Enthaltung
Ortleb, Rainer Prof. Dr.	Enthaltung
von Ryssel, Thomas	Nein
Schicke, Dietmar	Enthaltung
Schmieder, Jürgen Dr.	Ja
Staegemann, Gerd Prof. Dr.	Enthaltung
Steinecke, Jochen Dr.	Nein
Thietz, Peter	Enthaltung
Wöstenberg, Dieter MR Dr.	Enthaltung
Zirkler, Klaus-Otto Dr.	Enthaltung

Fraktion der DSU

Name	Abstimmung
Anys, Lothar	Ja
Backofen, Timo	Ja
Degner, Karsten	Ja
Dott, Manfred	Ja
Franke, Peter	Ja
Gottschall, Stefan Dr.	Ja
Gröger, Rolf	Ja
Haschke, Jürgen	Ja
Klein, Lothar	Ja
Koch, Norbert	Ja
Landgraf, Sabine	Ja
Latussek, Paul Dr.	Ja
Lindenlaub, Andreas	Ja
Piche, Lothar	Ja
Schmidt, Thomas	Ja
Schmiele, Joachim Dr.	Ja
Schneider, Renate	Ja
Schwarz, Jürgen	Ja
Steiner, Andreas	Ja
Tiesler, Frank Dr.	Ja
Voigt, Gotthard MR Dr.	Ja
Walther, Hansjoachim Prof. Dr.	Ja

Fraktion Bündnis 90/Grüne

Name	Abstimmung
Birthler, Marianne	Nein
Dörfler, Ernst Dr.	Nein
Grabe, Christine	Nein
Hildebrand, Peter	Nein

Fraktion DBD/DFD

Name	Abstimmung
Bencze, Karin	Nein
Goepel, Lutz Dr.	Nein
Helm, Dieter	Nein
Holz, Joachim	Nein
Maleuda, Günther Dr.	Nein
Marusch, Werner	Nein
Seeger, Per-René	Nein
Watzek, Hans Dr.	Nein
Zschornack, Georg	Nein

Fraktionslose Abgeordnete

Name	Abstimmung
Diestel, Peter-Michael Dr.	Enthaltung
Ebeling, Hans-Wilhelm	Nein
Klein, Thomas Dr.	Nein
Nowack, Joachim Hubertus	Enthaltung

Anlage 2

Namentliche Abstimmung

Tagesordnungspunkt 2 der 30. Tagung der Volkskammer (Sondertagung)

Die Volkskammer beschließt in namentlicher Abstimmung bei notwendiger Zwei-Drittel-Mehrheit mit 294 Ja-Stimmen, 62 Nein-Stimmen, 7 Stimmenthaltungen den Gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen CDU/DA, DSU, FDP und SPD zur Drucksache Nr. 201 betreffend Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990. 363 Stimmen wurden abgegeben.

Fraktion CDU/DA

Name	Abstimmung
Ackermann, Else Dr.	Ja
Albrecht, Michael	Ja
Altmann, Eckhard Dr.	Ja
Anders, Reinhard Dr.	Ja
Axthelm, Hans-Henning MR Dr.	Ja
Barthel, Lothar	Ja
Bauer, Harald	Ja
Bechstein, Gunter Dr.	Ja
Becker, Roland	Ja
Berend, Rolf	Ja
Bergmann-Pohl, Sabine Dr.	Ja
Bierling, Hans-Dirk	Ja
Binus, Karl-Heinz	Ja
Blume, Heinz	Ja
Bormann, Katharina	Ja
Brandt, Christoph	Ja

Braun, Wolfgang	Ja	Martini zum Berge, Dörte	Ja
Brick, Thomas Dr.	Ja	Michalk, Maria	Ja
Brochnow, Jörg	Ja	Möbus, Walter Dr.	Ja
Brudlewsky, Monika	Ja	Mugay, Peter	Ja
Buck, Manfred	Ja	Nitsch, Johannes	Ja
Caffier, Lorenz	Ja	Noack, Gabriele	Ja
Clemens, Martin	Ja	Noack, Ludwig Oberlehrer	Ja
Creter, Klaus-Peter	Ja	Nolte, Claudia	Ja
Dehnel, Wolfgang	Ja	Otto, Irmtrud	Ja
Dierich, Peter Dr.	Ja	Otto, Norbert	Ja
Dietrich, Frank	Ja	Paar, Gisbert Dr.	Ja
Domke, Klaus	Ja	Patzig, Uwe	Ja
Dorendorf, Hans-Georg Dr.	Ja	Paulinski, Silvina	Ja
Dorias, Hans-Wolf	Ja	Pfeiffer, Angelika	Ja
Douffet, Heinrich Dr.	Ja	Pohl, Gerhard Dr.	Ja
Ehlers, Wolfgang	Ja	Priebus, Rosemarie	Ja
Eppelmann, Rainer	Ja	Rau, Rolf	Ja
von Essen, Hans-Joachim Dr.	Ja	Rauber, Klaus	Ja
Essler, Rudolf Dr.	Ja	Reber, Stephan	Ja
Fiedler, Walter MR Dr.	Ja	Rehm, Stefanie	Ja
Fiedler, Wolfgang	Ja	Reichenbach, Klaus	Ja
Fischer, Michael Dr.	Ja	Reimann, Kay	Ja
Frönicke, Dieter	Ja	Rother, Heinz	Ja
Geisler, Hans Dr.	Ja	Schätze, Michael	Ja
Geisthardt, Ralf	Ja	Scharf, Eberhard Dr.	Ja
Gies, Gerd Dr.	Ja	Schiffner, Eberhard Dr.	Ja
Glase, Anne-Karin	Ja	Schirmer, Herbert	Ja
Göttsching, Martin	Ja	Schmidt, Christa Dr.	Ja
Goldhahn, Eberhard Dr.	Ja	Schmuhl, Boje	Ja
Gomolka, Alfred Dr.	Ja	Schneeweiß, Burkhard MR Prof. Dr.	Ja
Grehn, Juliane	Ja	Schneider, Reiner	Ja
Gries, Gundolf	Ja	Schramm, Andreas Dr.	Ja
Grüning, Uwe Dr.	Ja	Schreiber, Harald Dr.	Ja
Gürth, Detlef	Ja	Schroeder, Hans-Julius	Ja
Häfner, Hans-Peter Dr.	Ja	Schröder, Jürgen	Ja
Hagemann, Karl Dr.	Ja	Schubert, Cordula	Ja
Hahn, Andreas	Ja	Schulz, Gerhard	Ja
Handsack, Lothar	Ja	Schulz, Horst	Ja
Haschke, Gottfried	Ja	Schwalbe, Clemens	Ja
Haschke, Udo	Ja	Seidel, Jürgen	Ja
Hauck, Christian	Ja	Selke, Karl-Ernst	Ja
Heise, Manfred	Ja	Sobetzko, Werner Dr.	Ja
Henning, Werner Dr.	Ja	Stange, Carmen	Ja
Hönicke, Bertram	Ja	Steinmann, Joachim	Ja
Hörning, Günter	Ja	Stempell, Kurt	Ja
Jaffke, Susanne	Ja	Tamm, Ingeborg	Ja
Janovsky, Georg	Ja	Tillich, Stanislaw	Ja
Jelen, Frieder	Ja	Toscher, Willibald	Ja
Jork, Rainer Dr.	Ja	Tschalamoff, Nikolaj Klaus	Ja
Kayser, Birgit	Ja	Ulbricht, Hartmut	Ja
Kirchner, Martin	Ja	Unger, Dietmar	Ja
Kleditzsch, Jürgen Prof. Dr.	Ja	Wagner, Heinz	Ja
Kleinau, Armin	Ja	Waschnewski, Eckhard	Ja
Klinkert, Ulrich	Ja	Weber, Ernst-Hinrich Dr.	Ja
Kober, Manfred Dr.	Ja	Wetzel, Kersten	Ja
Koch, Dieter-Lebrecht Dr.	Ja	Wetzel, Siegfried	Ja
Kögler, Brigitta Charlotte	Ja	Wieczorek, Bertram Dr.	Ja
Köhler, Hans-Ulrich	Ja	Winter, Johannes	Ja
Köhler, Johanna	Ja	Wolf, Bernd	Ja
König, Wolfgang Dr.	Ja	Wonneberger, Michael	Ja
Kosler, Albert Dr.	Ja	Wünschmann, Martin	Ja
Koslowski, Manfred	Ja	Wunderlich, Gert	Ja
Krause, Günther Dr.	Ja	Zimmermann, Rolf Prof. Dr. sc.	Ja
Krause, Wolfgang	Ja	Zocher, Lothar	Ja
Kreis, Rüdiger Dr.	Ja		
Krüger, Paul Dr.	Ja		
Krzyskewitz, Reiner	Ja		
Küchler, Siegfried	Ja		
Kühne, Harald-Dietrich Prof. Dr.	Ja		
Kunert, Wolfgang	Ja		
Landgraf, Katharina	Ja		
Lassowsky, Heinz	Ja		
Leja, Michael	Ja		
Löbel, Hans Dr.	Ja		
Lubk, Hans-Ulrich	Ja		
Lüth, Peter Dr.	Ja		
Luther, Michael Dr.	Ja		
de Maizièrè, Lothar	Ja		
		Fraktion der SPD	
		Name	Abstimmung
		Amende, Andreas	Ja
		Backhaus, Till	Ja
		Barbe, Angelika	Ja
		Bischoff, Josef Maria	Ja
		Bogisch, Frank	Ja
		Botz, Gerhard Dr.	Ja
		Brecht, Eberhard Dr.	Ja
		Brinksmeier, Dankward	Ja

		Fraktion der PDS	
		Name	Abstimmung
Brösdorf, Bernd	Nein		
Donaubauer, Bernd Dr.	Ja		
Dräger, Heidrun	Ja		
Eckstein, Manfred Dr.	Ja		
Ellenberger, Irene	Enthaltung	Albrecht, Petra Dr.	Nein
Elmer, Konrad Dr.	Ja	Bednarsky, Kerstin	Nein
Fikentscher, Rüdiger Dr.	Ja	Bergt, Gunter	Nein
Förster, Alfred Dr.	Ja	Bisky, Lothar Prof. Dr.	Nein
Fritsch, Christina	Ja	Bittner, Ingrid Dr.	Nein
Funke, Christiane	Ja	Börner, Rainer	Nein
Gutzeit, Martin	Ja	Claus, Roland	Nein
Hacker, Hans-Joachim	Ja	Deneke, Marlies	Nein
Hajek, Rosemarie	Ja	Enkelmann, Dagmar Dr.	Nein
Hartmann, Gert	Nein	Fache, Sabine	Nein
Heltzig, Herbert Frank Dr.	Ja	Fischer, Ursula Dr.	Nein
Hildebrandt, Regine Dr.	Ja	Förtsch, Eva-Maria	Nein
Hilsberg, Stephan	Ja	Fuchs, Ruth Dr.	Nein
Höppner, Reinhard Dr.	Ja	Glück, Hans-Gerd Dr.	Nein
Jacobs, Paul	Ja	Groß, Jurij	Nein
Jäger, Renate	Ja	Gysi, Gregor Dr.	Nein
Jauch, Frank	Ja	Hannig, Wolf-Peter	Nein
Kalz, Manfred Dr.	Ja	Hegewald, Helmar Prof. Dr.	Nein
Kamilli, Karl-August	Ja	Heise-Schirdewan, Rosemarie	Nein
Kauffold, Peter Prof. Dr.	Ja	Heuer, Uwe-Jens Prof. Dr.	Nein
Kilias, Günter Dr.	Ja	Höpcke, Klaus	Nein
Körber, Stefan Dr.	Ja	Hotz, Wolfgang	Nein
Krehl, Constanze	Ja	Jentsch, Margit	Nein
Kschenka, Susanne	Ja	Kaufmann, Sylvia-Yvonne Dr.	Nein
Kuessner, Hinrich	Ja	Keller, Dietmar Dr.	Nein
Kunckel, Karl-Heinz Dr. sc.	Ja	Kertscher, Norbert Dr.	Nein
Kuppe, Gerlinde Dr.	Ja	Kober, Horst Dr.	Nein
Lindemann, Elke	Ja	Kozian, Bärbel	Nein
Lippmann, Frieder	Ja	Kreuz, Bärbel	Nein
Lucyga, Christine Dr.	Ja	Kummert, Angela	Nein
Manhenke, Volker Dr.	Ja	Leskien, Jürgen	Nein
Matterne, Dietmar Dr.	Ja	Meier, Bernd	Nein
Misselwitz, Hans-Jürgen Dr.	Ja	Meier, Lothar	Nein
Möller, Jes Albert	Ja	Mocek, Reinhard Prof. Dr.	Nein
Morgenstern, Luise	Ja	Modrow, Hans Dr.	Nein
Natzius, Rüdiger	Ja	Morgenstern, Marion Dr.	Nein
Naumann, Manfred Dr.	Ja	Ostrowski, Christine	Nein
Neumann, Gerhard	Ja	Riege, Gerhard Prof. Dr.	Nein
Neumeister, Günter Dr.	Ja	Scheringer, Johann	Nein
Oleikiewitz, Peter	Ja	Schneider, Angela	Nein
Quien, Hermann	Ja	Schönebeck, Martina Dr.	Nein
Reiche, Klaus	Ja	Schubert, Ina	Nein
Reiche, Steffen	Ja	Schumann, Fritz Dr.	Nein
Reider, Sybille	Ja	Schur, Gustav-Adolf	Nein
Richter, Edelbert	Ja	Seifert, Ilja Dr.	Nein
Richter, Joachim	Ja	Stadermann, Peter Dr.	Nein
Ringstorff, Harald Dr.	Ja	Steinitz, Klaus Prof. Dr.	Nein
Romberg, Walter Dr.	Ja	Stolfa, Roswitha	Nein
Rudolph, Christine Dr.	Ja	Voigt, Gisela	Nein
Rudorf, Dieter Dr.	Ja	Wegener, Solveig	Nein
Schemmel, Volker	Ja	Zschoche, Irma Brigitte	Nein
Schnell, Emil Dr.	Ja		
Schröder, Richard Dr.	Ja		
Schultze, Christian	Ja		
Schwanitz, Rolf	Ja		
Sept-Hubrich, Gisela	Ja		
Stephan, Volker Dr.	Ja		
Stetter, Inge	Ja		
Stockmann, Ulrich	Ja		
Terpe, Frank Prof. Dr. Dr.	Ja		
Thierse, Wolfgang	Ja		
Timm, Gottfried Dr.	Ja		
Uecker, Sabine	Enthaltung		
Voigtländer, Bernd	Ja		
Vollbrecht, Ursula	Ja		
Weigel, Siegfried	Ja		
Weis, Reinhard	Ja		
Weißgerber, Gunter	Ja		
Wiebke, Karsten Dr.	Ja		
Wietschel, Frank Dr.	Ja		
Ziel, Alwin	Ja		

		F.D.P.-Fraktion	
		Name	Abstimmung
		Annies, Dieter	Ja
		Dörr, Burckhard	Ja
		Felber, Konrad	Ja
		Gleisberg, Dieter Dr.	Ja
		Hielscher, Günter Dr.	Ja
		Kauffmann, Horst	Ja
		Kley, Gerry	Ja
		Kney, Johannes Dr.	Ja
		Krause, Helmut	Ja
		Lehment, Conrad-Michael	Ja
		Meißner, Gert Dr.	Ja
		Opitz, Bernhard Dr.	Ja
		Ortleb, Rainer Prof. Dr.	Ja
		von Ryssel, Thomas	Ja
		Schicke, Dietmar	Ja
		Schmieder, Jürgen Dr.	Ja
		Staegemann, Gerd Prof. Dr.	Ja

Steinecke, Jochen Dr.
Thietz, Peter
Wöstenberg, Dieter MR Dr.
Zirkler, Klaus-Otto Dr.

Ja
Ja
Ja
Ja

Gauck, Joachim
Hildebrand, Peter
Mäder, Jürgen
Matzat, Gotthilf
Meisel, Hanns-Ulrich Dr.
Nooke, Günter
Pietsch, Rainer
Poppe, Gerd
Reich, Jens Prof. Dr.
Reichelt, Bernd Dr.
Schulz, Werner
Tschiche, Hans-Jochen
Weiß, Konrad
Wollenberger, Vera

Ja
Nein
Enthaltung
Enthaltung
Enthaltung
Enthaltung
Nein
Nein
Nein
Nein
Nein
Nein
Ja
Enthaltung

Fraktion der DSU

Name	Abstimmung
Anys, Lothar	Ja
Backofen, Timo	Ja
Degner, Karsten	Ja
Dott, Manfred	Ja
Franke, Peter	Ja
Gottschall, Stefan Dr.	Ja
Gröger, Rolf	Ja
Haschke, Jürgen	Ja
Klein, Lothar	Ja
Koch, Norbert	Ja
Landgraf, Sabine	Ja
Latussek, Paul Dr.	Ja
Lindenlaub, Andreas	Ja
Piche, Lothar	Ja
Schmidt, Thomas	Ja
Schmiele, Joachim Dr.	Ja
Schneider, Renate	Ja
Schwarz, Jürgen	Ja
Steiner, Andreas	Ja
Tiesler, Frank Dr.	Ja
Voigt, Gotthard MR Dr.	Ja
Walther, Hansjoachim Prof. Dr.	Ja

Fraktion DBD/DFD

Name	Abstimmung
Bencze, Karin	Ja
Goepel, Lutz Dr.	Ja
Helm, Dieter	Ja
Holz, Joachim	Ja
Maleuda, Günther Dr.	Ja
Marusch, Werner	Ja
Seeger, Per-René	Ja
Watzek, Hans Dr.	Ja
Zschornack, Georg	Ja

Fraktionslose Abgeordnete

Name	Abstimmung
Diestel, Peter-Michael Dr.	Ja
Ebeling, Hans-Wilhelm	Ja
Klein, Thomas Dr.	Nein
Nowack, Joachim Hubertus	Ja

Fraktion Bündnis 90/Grüne

Name	Abstimmung
Birthler, Marianne	Nein

